

1. Quartal 1995, 25. Jg., Nr. 1, Einzelheft DM 3.-

Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende

wub

was uns betrifft



Thema:

50 Jahre danach

Kontrovers:

Crash-Tests mit Leichen?

Ausschreibung:
wub-Kunstpries '95



Lieber Leser,
liebe Leserin,

Stuttgart, 1.2.95

zahlen Zivis eigentlich Kirchensteuer? Oder Arbeitslose? Und wie ist das bei den Soldaten? Die Fragen reißen nicht ab am „Kirchensteuertelefon“, das die württembergische Landeskirche zum Jahresbeginn eingerichtet hat. Eine Idee, die Schule machen könnte: Die Fachreferenten für Steuern des Stuttgarter Oberkirchenrates setzen sich ans Telefon und beantworten Fragen über Gott und das Geld. Fast immer ist die Leitung belegt. Mehr als 200 AnruferInnen sind an den ersten 3 Tagen durchgekommen, das Interesse ist riesengroß, wie immer, wenn's um den Geldbeutel geht. Die Kirchensteuer ist wieder ins Gerede gekommen – und es sind längst nicht nur sparsame Schwaben, die sich heute fragen, ob sie sich die Kirchenabgabe schenken sollen, wenn sie ab sofort Monat für Monat wieder den Solidarzuschlag berap-pen müssen.

Schon bei der Premiere des Solidarzuschlages vor 3 Jahren stieg im gesamten Bundesgebiet die Zahl der Kirchengaustritte drastisch an, jetzt kommt die zweite Austrittswelle auf die beiden großen Kirchen zu. Und das heißt: Die Finanzmittel werden noch knapper. Bis 1996 soll der Haushalt der Evangelischen Kirche in Deutschland, EKD, gegenüber dem Etat von 1994 um 10 % gekürzt werden. Skeptiker befürchten, daß es noch weit schlimmer kommt. Was soll da jetzt eine neue Telefonnummer bringen?

Die Mehrzahl derer, die heute den Kirchengaustritt erwägen, tun das nicht, weil sie Meinungsverschiedenheiten mit der Kirche haben, sondern weil sie an ihr eigenes Portemonnaie denken. Und viele haben – so die Erfahrung des Stuttgarter Telefons – über die Kirchensteuer völlig falsche Vorstellungen. Das fängt bei der Berechnung und bei der Höhe der Steuern an. 8 %, in einigen Ländern 9 %, diese Zahlen geistern durch die Diskussion. Das wäre also knapp „der Zehnte“ für die Kirche – und in der Tat recht viel. Die Grundlage für die 8 % aber, nach denen sich die Kirchensteuer berechnet, ist nicht etwa die Gehaltssumme, sondern der Lohnsteuerbetrag – und das finden dann viele Anrufer schon nicht mehr so schlimm. Ab 790 Mark Verdienst im Monat zahlt z. B. ein Lediger Lohnsteuer, exakt 83 Pfennige. Kirchensteuer wären das dann rund 6 Pfennige.

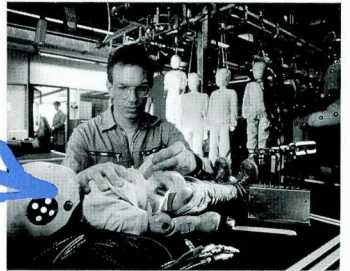
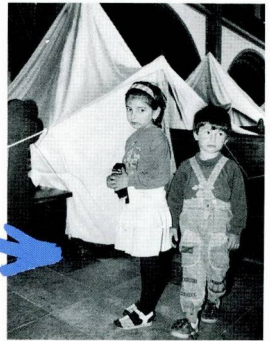
Arbeitslose, so erfährt man am Stuttgarter heißen Draht zu den Kirchenfinanzen, zahlen keine Kirchensteuer, Zivis und Wehrpflichtige beim Bund natürlich auch nicht (im Gegensatz zu den Berufssoldaten, deren Kirchensteuer allerdings zum größten Teil in den Kassen der Militärseelsorge bleibt).

Nicht nur über die Höhe, auch über die Verwendung der Kirchensteuern wissen viele AnruferInnen nicht Bescheid: Von der Aids-Beratung bis zum Zeltlager für die Kids, von Altenheimen bis zur Zivildienstseelsorge, das Spektrum kirchlicher Arbeit ist riesig, aus eigener Erfahrung kennt man meist nur einen winzigen Teil. Kirchensteuern werden zwar automatisch eingezogen, aber über ihre Verwendung sind wir nicht automatisch informiert. Es fehlt an Öffentlichkeitsarbeit und Werbung, es dominiert zu oft falsche Bescheidenheit. Aber wer von den Leuten Geld nimmt, muß ihnen auch zeigen, was er oder sie damit tut.

Vielleicht sollte sich wub da an die eigene Nase fassen und viel lauter und deutlicher sagen: auch wub wird zu fast 100 % aus Kirchensteuern finanziert.

Herzlich Ihr/Euer

Ausschreibung: wub-Kunstpreis 1995	3
IM BLICKPUNKT	4
Gewissen contra Paragraphen – Kirchenasyl in Deutschland	
PREISRÄTSEL	7
LESERBERICHT	8
Türkei: Einzelhaft und Prügel für KDVer	
KONTROVERS	10
Crash-Tests mit Leichen?	
RECHT	12
wub-THEMA:	
1945: Fünfzig Jahre danach	13
Blindgänger – das gefährliche Erbe	14
Traditionspflege bei der Bundeswehr	15
Erst umgebracht, dann totgeschwiegen: KDVer im Dritten Reich	16
„Unterhaltungsware“ – Kriegsfilme der Nazis jetzt auf Video	18
Deserteure und KDVer der NS-Zeit: weder rehabilitiert noch entschuldigt	19
War da was? Trauer, Scham und Zorn eines ehemaligen Soldaten	20
SATIRE	21
UNTERWEGS	22
„Picknick auf Gräbern“ – Der Friedenspfad im Trentino	
PORTRAIT	24
Helmut v. Gerlach	
BRIEFE	25
BUCHTIP	26
INFO	28
RÜSTZEITEN	30
GEDANKEN	31
wub-ART	32



Titelfoto: Ullstein Bilderdienst. Das Bild zeigt Überlebende nach einem Bombenangriff auf Mannheim, 1944.

wub ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Abo.

IMPRESSUM

wub (was uns betrifft), Zeitschrift für KDVer und ZDL / Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V. / Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) / Verleger: Trägerverein EAK e.V., Carl-Schurz-Str. 17, 28209 Bremen / Redaktion: Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur) / Redaktionsbeirat: Günter Knebel, Bremen; Holger Githorn, Hannover; Dr. Hans Richard Reuter, Heidelberg; Helmut Schlüter, Köln; Harald Wegner, Stuttgart; Theodor Ziegler, Karlsruhe / Redaktionsanschrift: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergsstr. 45, 70176 Stuttgart, Tel. (07 11) 6 36 82 14, Fax (07 11) 6 36 90 09 / Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Postanschrift: Postfach 26 02 30, 50515 Köln, Hausanschrift: Barbarossaplatz 4, 50674 Köln, Tel. (02 21) 24 46 96, Fax (02 21) 21 29 33. Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto wub, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg (BLZ 350 601 90) Konto-Nr. 10 11 55 60 15 / Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDVer und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden. / Das Jahresabonnement (z. Z. 4 Hefte einschl. Versand) kostet DM 12,-. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellabschnitt auf Seite 27. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse. / Layout: Psiuk, Scharndorf. Satz und Druck: Windhuetter, Scharndorf. Repros: Sternstein, Stuttgart / Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). / Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen oder sonstigen Gebrauch hergestellt werden. / Auflage: 63 000 / ISSN 0936-6520

**Start frei
zum**

wub

Preis

Zum vierten Mal -
nach den großen Erfolgen
von 1989, 1991 und 1993 -
präsentieren wir hier endlich wieder
eine Wettbewerbsausschreibung für die
Kunstschaffenden - und alle, die es werden
wollen - unter unseren LeserInnen

KUNST

Es winken tolle Preise, eine Ausstellung während des Kirchentages in Hamburg und die Mitwirkung an einer Dia-Serie!

WAS kann man einreichen?

Eigene Arbeiten aus den künstlerischen Bereichen Malerei, Zeichnen (Karikaturen), Grafik, Schnittechnik ... (keine Plastiken, keine Fotos). Formate bis 50 x 70 cm ohne Rahmung, größere bitte mit Rahmung einschicken. Es steht jedem/r Einsender/in frei, den Kunstwerken eigene Kommentare, Aphorismen ... beizufügen.

WER kann mitmachen?

Alle wub-LeserInnen, die uns ihre Werke einsenden. (Pro Frau oder Mann nicht mehr als drei!)

WIE lautet das Thema?

Wir legen kein Thema fest, aber wir schlagen vor, die Arbeiten an den wub-Themenbereichen zu orientieren, d. h. Berichte, Infos, Satiren, Fotos, Karikaturen aus wub als Anregung für künstlerisches (Ver-)Arbeiten zu nehmen.

WER vergibt die Preise?

Entschieden wird der Wettbewerb durch eine unabhängige Jury, bestehend aus einem Künstler, einem Kunstlehrer und Vertretern der wub-Redaktion.

WAS passiert mit den Werken?

Die wub-Redaktion stellt eine Auswahl der Werke auf einer Ausstellung während des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Hamburg (14.-18.06.95) aus. wub erhält für alle eingesandten Arbeiten die Abdruckrechte und die Rechte für eine nicht kommerzielle Dia-Serie. wub veröffentlicht in Ausgabe 2/95 einen Vierfarb-Sonderdruck mit den besten Arbeiten. Alle Werke werden nach dem Kirchentag den EinsenderInnen wieder zurückgeschickt.

WOHIN einsenden?

Ausreichend frankiert an: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergstraße 45, 70176 Stuttgart.
(dort gibt's auch Auskunft bei Nachfragen unter
Tel. 0711 / 6368214).

WANN ist Einsendeschluß?

Am 10.04.95, definitiv!

WAS ist ausgeschlossen?

Der Rechtsweg.

1. Preis: DM 500,-
2. Preis: DM 200,-
3. Preis: DM 150,-
- 4.-10. Preis: je DM 50,-



Kirchenasyl in Deutschland

Gewissen contra Paragraphen

Von Werner Schulz

In Dortmund eine Familie aus Algerien, in Regensburg ein 30jähriger Kurde, in Baden-Baden ein junger Mann aus Zaire, in Lendringsen einer von der Elfenbeinküste, ein serbischer Kriegsdienstverweigerer mitsamt Familie in Oberbayern ... in allerletzter Minute haben diese Menschen in den vergangenen Wochen doch noch Asyl gefunden in Deutschland: Kirchenasyl. Was es offiziell gar nicht gibt, was rein rechtlich klarer Gesetzesbruch ist, das wird für eine ständig wachsende Zahl von Kirchengemeinden zur „christlichen Pflicht“, und für Hunderte von Flüchtlingen zur letzten Rettung, denn: Bei einer Abschiebung geht es für politisch Verfolgte nicht selten um Leben und Tod.



Ein Plakat am Portal, Zelte im Kirchenschiff – armenische Familien fanden Zuflucht in Jena.
Fotos: epd



Nuri Bekiroglu befände sich längst wieder in den Händen der türkischen Polizei. Wegen seines Engagements im kurdischen Widerstand hatten sie ihn schon einmal verhaftet. Durch Bestechung kam er damals frei, flüchtete nach Deutschland, illegal, zwischen Apfelkisten in einem LKW versteckt. Hier in Deutschland, in Regensburg, stellte er einen Antrag auf Asyl wegen politischer Verfolgung. Ergebnis: abgelehnt. Auch der 2. Versuch, ein sogenannter Asylfolgeantrag, wurde abschlägig beschieden.

Zusammen mit UnterstützerInnen der Regensburger Bürgerinitiative Asyl klagt der 30jährige gegen die Ablehnung vor dem Verwaltungsgericht, eine Entscheidung darüber steht bislang noch aus. Trotzdem sollte Nuri Bekiroglu abgeschoben werden, die neue Rechtslage läßt „aufenthaltsbeendende Maßnahmen“, zu deutsch: Abschiebungen, auch vor letztinstanzlichem Richterspruch zu. Einen Flug für die Abschiebung des Kurden hatte das Regensburger Ausländeramt schon gebucht. Daß es doch nicht dazu kam, verdankt Nuri Bekiroglu den Frauen und Männern der Bürgerinitiative Asyl und den Regensburger Kirchen, die ihm seit November Kirchenasyl bieten.

Die Verantwortlichen der Bürgerinitiative und der evangelischen und katholischen Gemeinden haben sich diesen Schritt lange überlegt. Aber Abschiebungen vor einer rechtskräftigen Entscheidung, sagen sie, das entspräche nicht ihren Vorstellungen von Rechtsstaatlich-

KEINE ABSCHIEBUNGEN MEHR



Nicht immer ist Kirchenasyl nach außen so deutlich sichtbar, oft werden Flüchtlinge in Gemeindezentren, Pfarrhäusern oder kirchlichen Heimen untergebracht. Auf dem Foto links: Flüchtlinge in Neumünster.

Foto: epd
Foto oben: Graffiti

keit, das sei mit ihren demokratischen, humanitären und christlichen Überzeugungen nicht vereinbar. Und ihr Gewissen lasse es schon gar nicht zu, dort zu schweigen, wo Menschen abgeschoben werden sollen, denen in ihrer Heimat ohne Zweifel „Gefahr für Leib und Leben“ droht, sprich: die mit Folter oder gar der Todesstrafe zu rechnen haben. Und daß die türkischen Behörden mit kurdischen Aktivisten grausam umspringen und Folterungen in türkischen Gefängnissen an der Tagesordnung sind, ist unbestreitbar.

„Gewissen läßt sich nicht abschieben“

Auch wenn die Geschichte des Kurden Nuri Bekiroglu nur ein Einzelfall ist, so ist sie dennoch typisch für viele Flüchtlinge, die im Kirchenasyl leben: Immer ist das Kirchenasyl das letzte Mittel, um eine dro-

hende Abschiebung zu verhindern, immer geht es darum, Zeit zu gewinnen, um die rechtlichen Möglichkeiten vollends auszuschöpfen oder die Gerichte doch noch zu überzeugen. Immer steht für die Betroffenen sehr viel auf dem Spiel, nicht selten geht es buchstäblich ums Überleben – und immer bedarf es mitfühlender Menschen, denen das alles nicht egal ist. „Gewissen läßt sich nicht einfach abschieben“, dieses Motto der Initiative für Flüchtlinge „Pro Asyl“ erleben die Menschen, die sich für Kirchenasyl einsetzen, am eigenen Leib: Die Entscheidung für Kirchenasyl ist in jedem Einzelfall eine Gewissensentscheidung.

Bis Redaktionsschluß waren der Kölner Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“ genau 30 aktuelle Fälle von Kirchenasyl gemeldet. Zwei- bis dreitausend Menschen, so Dr. Wolf-Dieter Just, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft, haben

bislang auf diese Weise Schutz und Begleitung erfahren, und in 80 bis 90 % der Fälle führten diese letzten Mittel zum Erfolg, d. h. die Abschiebungen mußten revidiert werden, viele der Flüchtlinge erhielten ein dauerhaftes Bleiberecht. Allein in Berlin, der „Hauptstadt des Kirchenasyls“ fanden weit über 1 000 Flüchtlinge Aufnahme in insgesamt 45 evangelischen und katholischen Gemeinden. An vielen Orten, an denen Flüchtlinge im Kirchenasyl untergebracht sind, erfährt auch die Ökumene neuen Auftrieb, arbeiten die beiden Kirchen zusammen und wechseln sich bei der Betreuung der Flüchtlinge ab. Schon im März 1993 gaben bei einer Umfrage etwa 200 Gemeinden im Bundesgebiet an, daß sie prinzipiell bereit wären, Kirchenasyl zu gewähren. Inzwischen dürfte diese Zahl erheblich gewachsen sein. In allen Landeskirchen und Bistümern fassen mehr und mehr Kirchengemeinden entsprechende Beschlüsse, äußern sich Kirchenleitungen voller Verständnis und Sympathie für das Kirchenasyl. Noch vor vier Jahren, als etwa in Tübingen eine Gruppe von Roma die Stiftskirche besetzte (wub berichtete in Ausgabe 4/91), wäre diese Offenheit gegenüber dem Thema Kirchenasyl undenkbar gewesen. Woher der Wandel?

Konzept der Abschreckung

Hauptursache für die rapide angestiegene Zahl der Kirchenasylfälle ist unzweifelhaft die 1993 vorgenommene Änderung des Asylrechts. „Jahrelang“, so der ehemalige Innenminister Gerhart Baum, habe man das Grundrecht auf Asyl „öffentlich diskreditiert und sturmreif geschossen“, am Ende schließlich habe man „zum ersten Mal in der Bundesrepublik die Abschaffung eines Grundrechts“ erreicht. Auch Herbert Leuninger, Sprecher von „Pro Asyl“, nennt das die „faktische Aufhebung eines Grundrechts“. „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“, so lautete einmal unzweideutig der Artikel 16 des GG. Mit diesem Grundrecht, so Leuninger, habe die Bundesrepublik international einen neuen Standard gesetzt. „Die Eltern des Grundgesetzes haben mit Artikel 16 ganz bewußt eine moralische Konsequenz aus der nationalsozialistischen Diktatur ziehen wollen. Es war eine Art Dank an die Völkergemeinschaft für die Aufnahme von 800 000 Flüchtlingen aus Hitlerdeutschland, aber auch eine Selbstverpflichtung dazu, keinesfalls, wie in Tausenden Fällen in der Nazizeit bedenkllicherweise auch geschehen, Flüchtlinge an der Grenze zu Deutschland abzuweisen.“ Hinter dem neuen Artikel 16a aber, so Leuninger, stehe nicht der Gedanke an internationale Solidarität, sondern „ein Konzept

der Abschreckung“. Satz 1 des neuen Grundgesetz-Artikels ist gleich geblieben, aber schon der zweite Satz lautet:

„Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer ...“ Die sodann erstellte Liste der Ausgeschlossenen ist lang, und sie trifft grundsätzlich alle, die Deutschland auf dem Landwege betreten. Alle deutschen Nachbarstaaten werden zu sogenannten „sicheren Drittstaaten“ erklärt, in denen die Flüchtlinge hätten bleiben können. „Reguläre Chancen auf ein Verfahren hat nur noch, wer über See oder auf dem Luftweg in die Bundesrepublik kommt“, so Herbert Leuninger. Und auch an diesem Verfahren üben die Fachleute heftig Kritik: zu kurze Anhörungen, keine Rücksicht auf „Abschiebehindernisse“, d. h. z. B. Folter, schlechte Übersetzer, mangelnde Sachkenntnis der Anhörer, wenig Rücksichtnahme auf die Scham vergewaltigter Frauen, völlig unzumutbare „Blitzverfahren“ auf den Flughäfen ...

„Das deutsche Asylrecht hat seinen Wesenskern verloren“, resümierte die „Zeit“ ein Jahr nach der Grundgesetzänderung. Es steht außer Frage, daß durch Kirchenasyl dieser Verlust weder für die direkt Betroffenen, noch für den Rechtsstaat auszugleichen ist.

Religiöse Ursprünge

Kirchenasyl kann in Einzelfällen Nothilfe sein, es kann die Konsequenz einer Gewissensentscheidung zum Ausdruck bringen, vielleicht als Zeichen zivilen Ungehorsams gegen ungerechte Gesetzgebung verstanden werden – aber es bleibt die Ausnahme. Und es bleibt illegal.

Es gibt keinen zweiten, „kirchlichen Asylweg“, es gibt auch kein autonomes Asylrecht der Kirchen. Nicht mehr! Noch bis hinein in die Neuzeit war die Gewährung von Asyl dagegen ausschließlich ein Recht der kultischen und religiösen Priester und der Kirchen. „Asyl“, so der Heidelberger Theologe und Wissenschaftler Hans-Richard Reuter, „ist ursprünglich überhaupt kein rechtlicher, sondern ein religiöser Begriff“. Von jeher, so Reuter, lag der Asylpraxis „die Scheu vor der Sphäre des Heiligen zugrunde. Das griechische asylos bezeichnet das, was nicht mit Gewalt ergriffen werden kann.“ Wer es also bis zum heiligen Ort, zum Altar, zum Kreuz geschafft hatte, dem konnten die Verfolger zumindest vorerst nichts anhaben, ausdrücklich auch dann nicht, wenn es sich zweifelsfrei um einen Übeltäter handelte.

Im 5. Jahrhundert wurde das kirchliche Asylrecht durch römische Gesetze offiziell anerkannt, der Bruch des Asylrechts wurde mit der Todesstrafe bedroht.

Die Ehrfurcht der Menschen vor dem Kirchenasyl war noch im letzten Jahrhun-



Weihnachten 1991: Roma hatten die Tübinger Stiftskirche besetzt. Foto: Graffiti

dert sehr groß, die Erfolge beachtlich. In den USA wurden Mitte des 19. Jahrhunderts geflohene Sklaven in großer Zahl in Kirchen versteckt und heimlich in den sicheren Norden transportiert. Und selbst die hartgesottensten Revolverhelden sollen es ja nicht gewagt haben – so man den Berichten aus dem Wilden Westen glauben darf – in einer Kirche den Colt zu ziehen.

Noch bis 1983 war im Kirchenrecht der römisch-katholischen Kirche das Asylrecht ausdrücklich proklamiert. Missetäter, die in die Kirche geflüchtet seien, so hieß es da, dürften nicht ohne die Zustimmung des Pfarrers herausgeholt werden. Auf die „Scheu vor dem Heiligen“ setzen auch heute die Kirchengemeinden und Asylinitiativen, wenn sie Flüchtlinge in

kirchlichen Räumen einquartieren: Sie hoffen, daß sich die Polizei nicht traut, die Asylbewerber dort herauszuholen. Da das Hausrecht für die Räume einer Kirchengemeinde in der Regel beim Kirchenvorstand liegt, trägt dieses Gremium auch die rechtliche Verantwortung für das Kirchenasyl und könnte – so es zur Anzeige kommt – wegen „Beihilfe zum Verstoß gegen das Ausländergesetz“ belangt werden.

Bislang ist allerdings diesbezüglich nur ein einziger Fall bekannt, die Strafe betrug 250 Mark. Die Behörden reagieren in den meisten Fällen des Kirchenasyls vorsichtig bis verständnisvoll – sehr zum Ärger konservativer BürgerInnen und PolitikerInnen: „Wir leben nicht mehr im Zeitalter des Glöckners von Notre Dame“, wetterte etwa Bundesinnenminister Kanther, und der bayerische Innenminister Beckstein drohte im ARD-Fernsehen gar unverblümt, notfalls eben doch den Einsatz der Polizei in Kirchen und Gemeinden anzuordnen.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß es zu solchen Einsätzen kommen wird. Die Behörden vor Ort reagieren zurückhaltend. Es scheint, als wüßten Sie längst, daß Christen, die Flüchtlinge in Kirchen aufnehmen, keine Hitzköpfe sind, daß es ihnen nicht um Provokation, um Angriff auf den Rechtsstaat geht, sondern im Gegenteil, um die Verteidigung des Rechts, um die Aussöhnung von Paragraphenwerk und menschlichem, christlichem Mitgefühl. Wenn Kirchenasyl Widerstand ist, dann von jener Sorte, wie ihn der Münchener Rechtsgelehrte Arthur Kaufmann für unerlässlich hält: Ein „kleiner“ Widerstand, „damit der große Widerstand entbehrlich bleibt.“

Und immerhin für die nächsten Wochen kann auch der Kurde Nuri Bekiroglu aufatmen: Der Bundesinnenminister hat den Abschiebestopp für Kurden verlängert; bis Ende Februar. ■

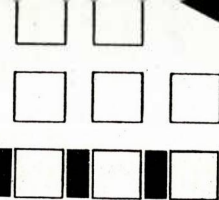
Ultima Ratio

„Es ist die Aufgabe der Kirche, unabhängig von staatlichen Entscheidungen für Verfolgte und Bedrängte da zu sein, wenn diese ihrer Hilfe bedürfen. Der historisch überkommene Gedanke des „Kirchenasyls“ mündet heute in den Auftrag, für die unantastbare Menschenwürde von Flüchtlingen einzutreten. Indem die Kirche bewußt macht, daß auch sie Ebenbilder Gottes und unsere Geschwister sind, vermag sie Kräfte zu mobilisieren, die unter den Trümmern der Geschichte unterzugehen drohen. (...)

Es kann Situationen geben, in denen Christen nach bestem Wissen und Gewissen zu der Überzeugung kommen, daß eine nach staatlichem Recht zulässige Abschiebung die Betroffenen der Gefahr einer unmenschlichen Behandlung (Folter) aussetzt oder sogar in Lebensgefahr bringt. In solchen Fällen kann es als „ultima ratio“ gerechtfertigt und geboten sein, gegen den Willen des Staates Maßnahmen zu ergreifen, die eine drohende Abschiebung verhindern.“

Aus dem Beschluß des Oberkirchenrates der Evang. Landeskirche in Baden vom 29.3.1994

KreuzWubRätsel



wird Deserteuren in D. verurteilt	up to date	afr. Staat	fränk. Hausflur	elektron. Strahlungsverstärker	Tierwelt e. best. Gebiets	Auto-fahrer-schicksal	künstleri-sche Aus-drucks-form		
Strafe f. KDVer i. d. Türkei	⑤						chem. Zn. f. Sauerstoff		
Schüttel-fäh-mung	Blüten-stand	Papagei-envogel			feierli-ches Ge-dicht	Nackt-zeich-nung			
						ital. Zahl			
Skige-lände		Ge-wichts-einheit (Abk.)	nieder-länd. Stadt	⑧		Proble-m-kind der Bun-des-wehr	chem. Zn. für Tellur		
	②		Segelruf		alter deut-scher Herrscher-name				
gar nicht						nord. Hirsch-art			
						nord. Dich-ter u. Lie-dersamm-lung	Ge-wichts-einheit (Abk.)		
Aperitif „Royal“	relig. Union d. Kreuz-züge	<div style="text-align: center;"> <p>wub Rätzel</p> <p>Gesucht: (noch) unerfüllte Hoffnung</p> </div>							
						Männer-name	⑫	Gebiets-streifen	⑭
Keim-zelle						Flächen-maß			
Trut-hühner	Donau-zufluß		um-strittener christl. Beistand	⑩	ital. Schau-spiel-erin	span.: Fluß	Fluß durch Pforzheim		
			KfZ-Kz f. Israel			Wind-richtg. (Abk.)	engl.: eins		
ind. Stadt		arab. Name	getrock-nete Beeren						
Spiel-karte				⑨					
		Damm	Tennis-begriff				Molke-reipro-duk-t		
engl.: alt			chem. Zn. f. Helium			Nieder-schlag	Formel-zeichen f. Druck	Süd-frucht	
gesch.-trächtiger Weg im Trentino					①				
engl. Bier	Flachs	chem. Zn. f. Jod	Verfolgte im Nazi-deutsch-land		Getränk	erste Frau Ja-kobs	⑥		
		Versuch d. Aushän-ges auch m. Leichen		⑪					
franz.: in		Klei-dungs-stücke			③	Name un-be-kannt (Abk.)			
ärgerlich	inneres Organ	fortwäh-rend	Ruinen-stätte bei Ko-rinth				franz. Maler 1928-62	⑬	
						Initialen e. Mode-schöp-fers			
gefährl. milit. Aitlas-ten	Legie-rungs-Zusatz	④	Gegen-teil v. fern	röm. Zahl f. 100	Spaß	germ. Götter-ge-schlecht	franz.: und	span. Artikel	Teil d. Autos
hl. alt-russ. Fürstin				⑦					
Nord-euro-päer			Teil d. Baumes				Zeit-Zei-chen (Abk.)	Im Auf-trag (Abk.)	
	Wild-pflege				Bestand-teil v. Beton				

Die Lösung des wub-Preisrätsels 4/94 lautete: „Armutszeugnis“.

Die Gewinner der ersten drei Preise sind:
Philipp Boetzelen, München
Gerrit Burghardt, Kronshagen
Jens Niedermaier, Knittlingen

Alle GewinnerInnen werden von uns schriftlich benachrichtigt. Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß mit den Preisen! Auch allen, die leider nicht gewonnen haben, danken wir für's Mitmachen. Vielleicht klappt es ja diesmal, es gibt wieder tolle Preise zu gewinnen! Also mitmachen, Lösungssatz in den Abschnitt eintragen, auf eine Postkarte kleben und unter lesbarer Absenderangabe an:

wub-Redaktion – Werner Schulz
Rosenbergstr. 45, 70176 Stuttgart
schicken.

Einsendeschluß ist der 10.04.95 (Poststempel). Unter den richtigen Einsendungen werden (unter Ausschuß des Rechtsweges) folgende Preise verlost:

1. Preis: LPs und CDs nach Wahl für DM 100,-
2. Preis: ... für DM 50,-
3. Preis: ... für DM 25,-
- 4.-10. Preis: Je ein wub-Freiabo

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!



14
13
12
11
10
9
8
7
6
5
4
3
2
1

Betr. wub:
Anregung/Kritik/Lob:

Einzelhaft und Prügel für KDVer

In der Türkei werden Kriegsgegner brutal verfolgt

Von Jörg Rohwedder, Izmir

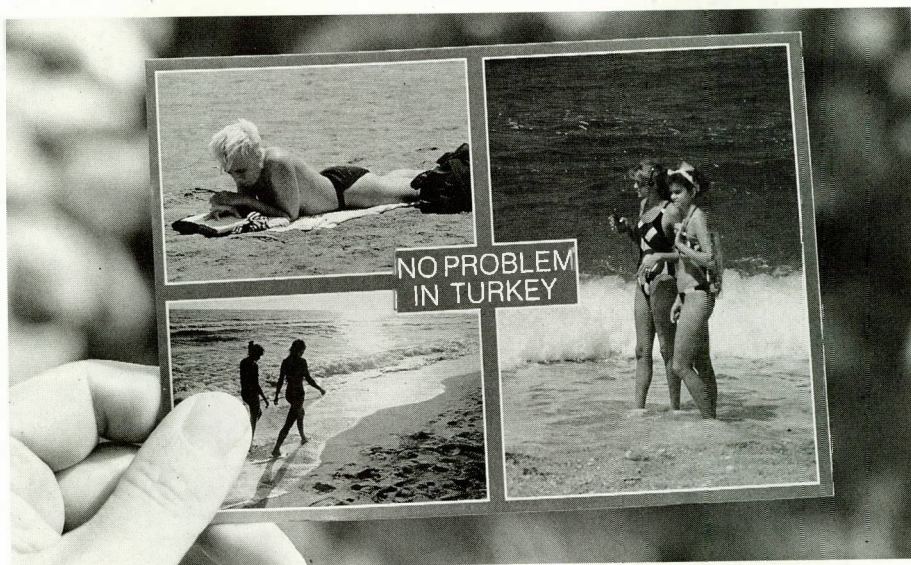
Natürlich wußte der Kriegsdienstverweigerer Arif Hikmet Iyidogan, was man mit seinem „Vorgänger“ im Militärgefängnis von Mamak, dem KDVer Aytek getrieben hatte: Aytek, Vorsitzender des Vereins der KriegsgegnerInnen, war inhaftiert worden, weil er sich im Frühjahr 1994 weigerte, die Uniform anzuziehen und an der Exerzierausbildung teilzunehmen. Die Schergen wählten eine besondere Methode, um Aytek in die Uniform zu zwingen: Er wurde in die Kellerräume des Gefängnisses geführt. Dort war eine Zelle, kniehoch mit Wasser gefüllt und ohne Licht. Sie stießen Aytek hinein und warfen ihm ein verschimmeltes Brot zu. „Das kann ich nicht essen“, war sein Protest. „Du sollst es nicht essen, du sollst dir das da vom Leib halten.“ Der Wärter zeigte auf die Ratten im Wasser. Nach 12 Stunden in dieser Zelle zog Aytek die Uniform an und ließ sich die Haare scheren. Den Drill verweigerte er aber erfolgreich. Aytek wurde später zu einem Jahr und 15 Tagen verurteilt, weil er sich in einem Fernsehinterview zur Kriegsdienstverweigerung geäußert hatte.

Arif kannte diese Geschichte. Als man ihn selbst zum Militär zwang, ließ er sich die Uniform geben und seine Haare schneiden. Aber auch er verweigerte jede militärische Übung und wurde angeklagt. Die „Verbrechen“, die Arif vorgeworfen werden, sind – gemessen an unserem Verständnis – lächerlich: Er gab der kurdischen, inzwischen verbotenen, Tageszeitung Özgür Gündem ein Interview, in dem er über seine Kriegsdienstverweigerung sprach. Aber Arif tat noch mehr. Am 17. Mai organisierte er als Vorsitzender des Vereins der KriegsgegnerInnen Istanbul eine Pressekonferenz.

Deutsche KriegsgegnerInnen ausgewiesen

Anlaß für die Pressekonferenz war der internationale Tag der KDV. Einhundert KriegsgegnerInnen hatten sich versammelt und eine Petition gegen die Kriegsdienstpflicht unterschrieben. Eine deutsche Delegation mit Mitgliedern aus der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigung

te Kriegsdienstgegner, DFG-VK, und dem „Darmstädter Signal“, einem Verband kritischer Soldaten, berichtete von eigenen Erfahrungen mit der KDV in Deutschland. In kleinen Gruppen ging ein Teil der Versammlung zum nahegelegenen Postamt, um die unterschriebene Resolution an die Ministerpräsidentin Tansu Ciller zu faxen. Dabei nahm eine Antiterrorereinheit den Kriegsdienstgegner Gökhan Demirkian als ersten fest und schlug brutal auf ihn ein. Die Deutschen und weitere Mitglieder des Vereins wurden Stunden später ebenfalls inhaftiert. Die Vereinsräume wurden versiegelt, der Verein selbst aufgelöst. Nach drei Wochen zähem Gerangel und im Anschluß an einen Amtsgerichtsprozeß wurden die Deutschen ausgewiesen. Arif und zwei weitere Inhaftierte kamen frei, lediglich Gökhan blieb inhaftiert. Schon drei Wochen nach seiner Freilassung wurde Arif erneut inhaftiert. Diesmal kam er ins Militärgefängnis von Mamak. Die Militärstaatsanwaltschaft hat-

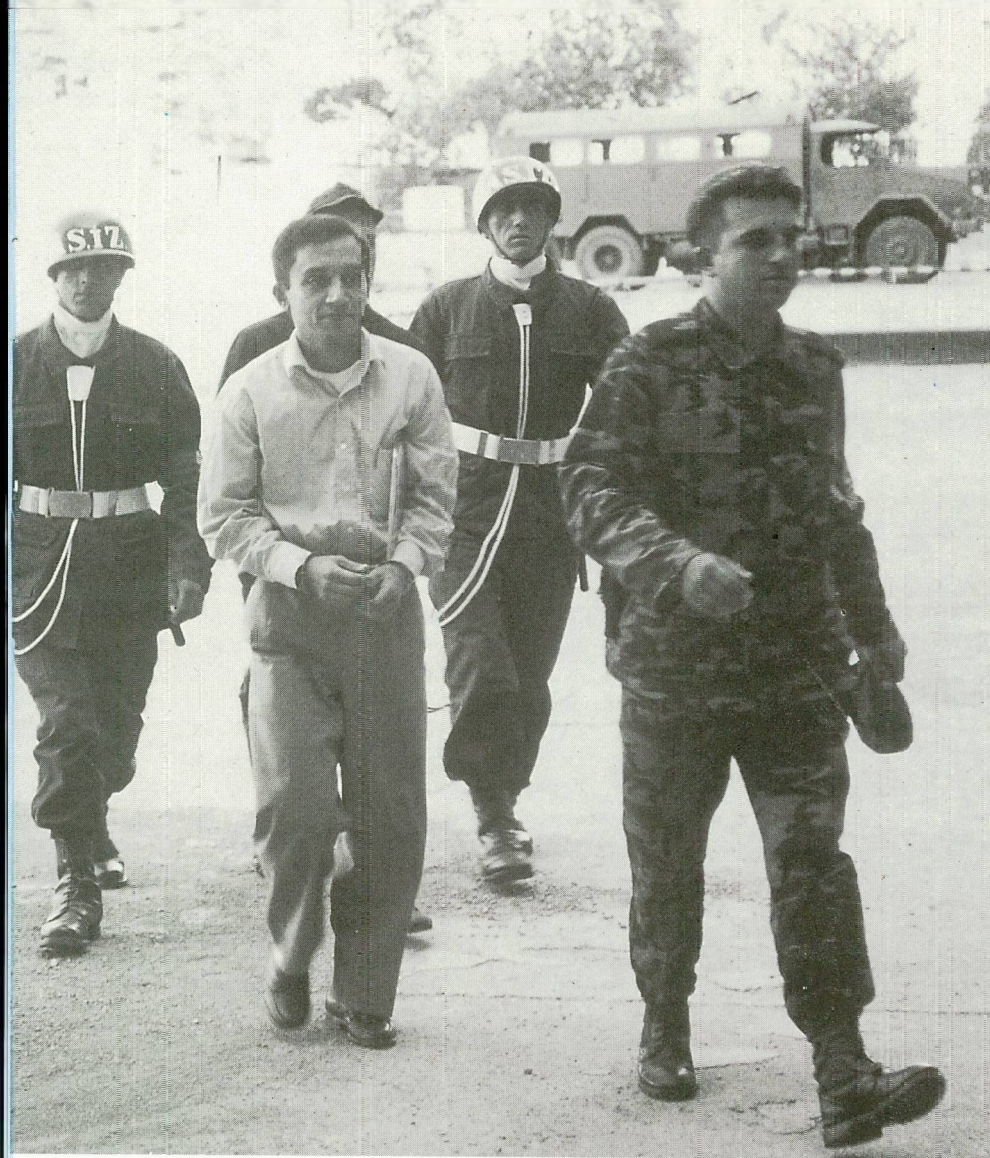


Türkische Postkarte

Foto: Herbert Fritz

te sich seiner bemächtigt. Eine Pressekonferenz über die Kriegsdienstverweigerung verstoße gegen den Paragraphen 58 des Militärstrafgesetzes und diene dazu, die Willenskraft des Volkes zu zerbrechen und es vom Militär zu entfremden. Zu seinem ersten Prozeß am 12.07. waren neben

UnterstützerInnen auch eine Beobachterdelegation aus Deutschland erschienen. Die BeobachterInnen erlebten, wie der Staatsanwalt die Verhandlung dominierte und die weitere Inhaftierung von Arif veranlaßte. Das Gericht war in diesem Schauspiel nur ein ausführendes Organ.



Einzelhaft und Schikanen

Diejenigen, die vor einem Militärgericht angeklagt sind, wissen, daß ihr Urteil feststeht. Das Gericht wird für sie zur politischen Bühne. So hatte Arif am 09.08., bei seinem zweiten Verhandlungstermin vor dem Militärrichter, seinen ersten großen Auftritt. Der Verein der KriegsgegnerInnen in Izmir berichtet: „Arif wies die ihm vorgeworfenen Straftaten zurück. Er unterstrich, daß er gegen die Wehrpflicht sei, das Volk aber nicht vom Militär distanzieren wolle. Absolut kühl und langsam ging Arif dazu über, die ihm aufgezwungene Uniform Stück für Stück ausziehen und sie ordentlich zusammenzulegen. Er erklärte dabei, daß er kein Soldat sei, nie einer werden würde und daher die Uniform ablege. Er betonte, daß er das Gericht nicht beleidigen wolle. Als er soweit war, seine Hose auszuziehen, geriet der Militärrichter in Panik. Stimmengewirr und Tumult erfüllten den Saal. Der Staatsanwalt bezichtigte Arif, die Disziplin zu stören. Arif argumentierte ruhig weiter und zog sich die Hose aus. Er wurde aus dem Gerichtssaal geschleppt. Die UnterstützerInnen warfen Blumen auf ihn und verließen ebenfalls den Saal.“ Arif saß dann in Einzelhaft und durfte außer seinem Anwalt keinen Besuch mehr empfangen. Zudem wurde ihm ein Verfahren angehängt, weil er Uniformteile verloren hatte. Nach zwei weiteren Prozeßterminen wurde Arif zunächst aus der Haft entlassen. Aber der Richter hatte gleich eine weitere Überraschung vorbereitet. Direkt vom Militärgefängnis wurde Arif der Einberufungsbehörde überstellt. Seine Militärdiensttauglichkeit wurde überprüft, um Arif dem Dienst in der Armee zu überstellen. Aufgrund von Folterungen in den Jahren 1982 und 1988 ist er allerdings gesundheitlich angeschlagen und es fehlt ihm die Milz. Arif wurde für untauglich befunden und ist jetzt auf freiem Fuß. Eine geplante Reise in die Bundesrepublik Anfang 1995 mußte allerdings abgesagt werden. Ohne Angabe von Gründen wurde die notwendige Verlängerung des Reisepasses verwehrt. Lediglich Arifs Anwalt, Ahmet Hür, konnte kommen und um Unterstützung werben für Arif und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Die Prozeßserie gegen Arif geht weiter.

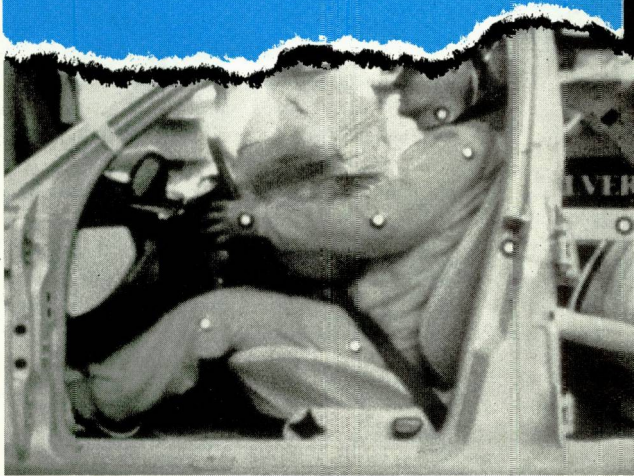


Bewacht von türkischen Soldaten mit deutschen Maschinengewehren: Der Kriegsdienstverweigerer Arif Hikmet İyidoğan auf dem Weg ins Militärgericht.

Arif Hikmet İyidoğan während der Gerichtsverhandlung vom 26.09.94.
Fotos: Rohwedder

Über die entstehende KDV-Bewegung in der Türkei berichtete wub auch ausführlich in Ausgabe 2/94. ■

Crash-Test-Dummies sind sensibel. (Die Softrocker aus Kanada sicher auch, aber die meinen wir hier nicht). Ihre hölzernen Körper sind über und über mit Elektronik bestückt, feinste Sensoren sorgen für die Übertragung der Ergebnisse nach dem Crash an den Computer, der die potentiellen Unfallschäden exakt berechnet. Nicht exakt genug, sagen Unfallforscher und beharren darauf, daß letztlich nur Tests mit richtigen Menschen verlässliche Wege zum höheren Unfallschutz aufzeigen können. Solche Tests werden auch in Deutschland durchgeführt. Nicht nur Ethiker fragen: Darf man das? Ja und Nein in wub-Kontrovers.



Brauchen wir Crash

seit 1970 mehr als halbiert, obwohl die Zahl der Unfälle um 50 %, die jährlich zurückgelegten Fahrkilometer um 200 % und die Zahl der Kraftfahrzeuge als Maß der Verkehrsdichte um 220 % zugenommen haben. Diese Entwicklung ist auf ein Bündel von Maßnahmen zurückzuführen, unter denen neben Straßenbau, Verkehrserziehung, Verkehrsüberwachung, Verkehrsleittechnik und Verbesserung der aktiven Fahrzeugsicherheit auch der Einfluß der traumatomechanischen Forschungsergebnisse auf die Verbesserung der passiven Fahrzeugsicherheit eine bedeutende Rolle spielt. Nach Schätzung von A. King, Leiter des Verkehrsmechanischen Forschungszentrums der Wayne State Universität, USA, wurden in den vergangenen 20 Jahren durch jede, für traumatomechanische Forschungen zur Verfügung gestellte Leiche, mehr als 60 Menschenleben gerettet und die Verletzungen eines Vielfachen an Unfallopfern reduziert. Damit ist der Beitrag dieser Forschung, bezogen auf die Zahl der „Forschungsleichen“ – in Deutschland waren es 20–50 pro Jahr, weltweit etwa 100 bis 120 – für den Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung effektiver als Organtransplantationen: Die Organe eines

Hirntoten helfen in der Regel nur einem oder wenigen Menschen zum Überleben oder zu besserer Gesundheit.

Trotz dieser Erfolge sterben derzeit in Deutschland noch etwa 10000 Menschen pro Jahr im Straßenverkehr, über 400000 werden verletzt. Durch diese, – teilweise vermeidbaren – Unfallfolgen entstehen jährlich volkswirtschaftliche Kosten von 50 Mrd. DM, das Leid der Verletzten und ihrer Angehörigen und die in der Verletzung liegende Beeinträchtigung der Selbstbestimmung nicht eingerechnet.

Aus diesen Fakten ergibt sich zwingend, daß die Verkehrssicherheitsmaßnahmen weiter verbessert werden müssen: So fehlen vor allem Grundlagendaten für den Schutz der unteren Extremitäten, für die Halswirbelsäule und die inneren Organe, auch die Erkenntnisse zum Verletzungsmechanismus von Kopfverletzungen bedürfen der Verbesserung. Weiter fehlt es bisher an der Abstimmung moderner Sicherheitssysteme wie Airbag und Gurtkraftbegrenzer auf die individuellen Gegebenheiten (Alter; Körpergröße; Körpermasse) des Fahrzeuginsassen, auch die Optimierung von Sicherheitssystemen für andere als Standardunfallkollisionen (z.B. intelligenter Front-

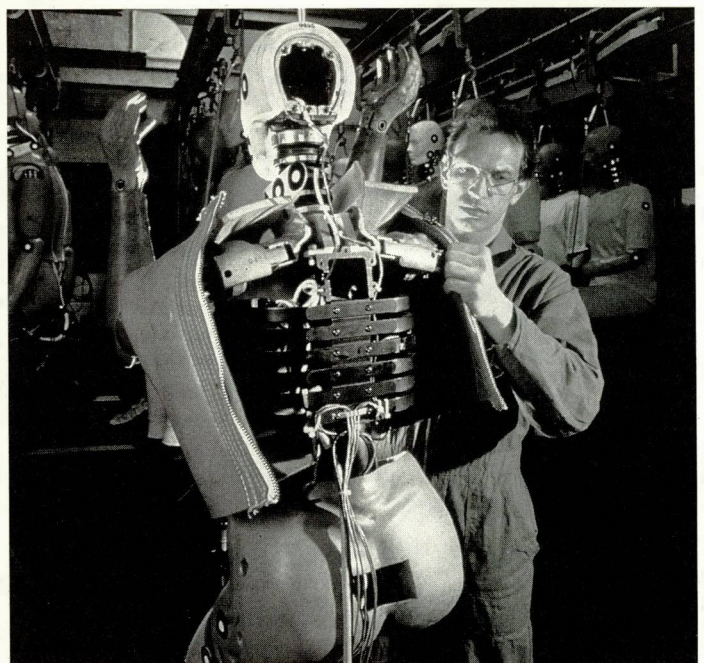
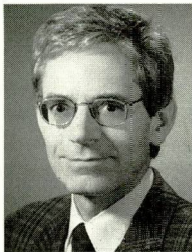
Ja: Zum Schutz von Leben

Von Rainer Mattern

Jeder, der heute und in Zukunft als Pkw-Insasse einen Verkehrsunfall erleidet, profitiert von den Erkenntnisfortschritten der traumatomechanischen Forschung, einer eigenständigen interdisziplinären Wissenschaft, die ihre Ergebnisse unter anderem durch kontrollierte mechanische Belastungen des menschlichen Körpers von Verstorbenen und dessen Teilen gewinnt. Diese Forschungsrichtung besteht seit etwa 100 Jahren. Mit der Zunahme der Verkehrsdichte und dem Anstieg von Verkehrsunfallverletzten und Toten hat der Erkenntnisbedarf zur mechanischen Belastbarkeit des Menschen an Bedeutung gewonnen. Es ging darum, die Elemente der inneren Sicherheit von Kraftfahrzeugen – dazu gehören Innenraumpolsterung, Dämpfungseigenschaften der Fahrzeugstrukturen (Knautschzone), Sicherheitsgurte, Kindersicherheitseinrich-

tungen, Airbags – der mechanischen Belastbarkeit des menschlichen Körpers anzupassen. Dazu brauchen die Sicherheitsingenieure präzise Angaben über die Festigkeitseigenschaften von Knochen, Bändern, Organen und der Haut an den Körperbezirken, die beim Unfall belastet werden. Diese Grundlagen können nur an der Leiche ermittelt werden.

In der Praxis arbeitet der Sicherheitsingenieur mit Dummies, Puppen, die in äußerer Form und einigen wichtigen mechanischen Eigenschaften dem menschlichen Körper ähneln. Die bisher erreichte Übereinstimmung zwischen Dummy und Mensch sind in entscheidenden Punkten auf Erkenntnisse der traumatomechanischen Forschung an Leichen zurückzuführen. Ihre Umsetzung in Sicherheitstechnik war sehr erfolgreich: Seit 1970 ist die Chance, bei Straßenverkehrsunfällen zu überleben, geringer verletzt oder unverletzt zu bleiben, um ein Mehrfaches gestiegen: Die Zahl der Todesopfer pro Jahr hat sich in Deutschland



Fotos: Mercedes-Benz

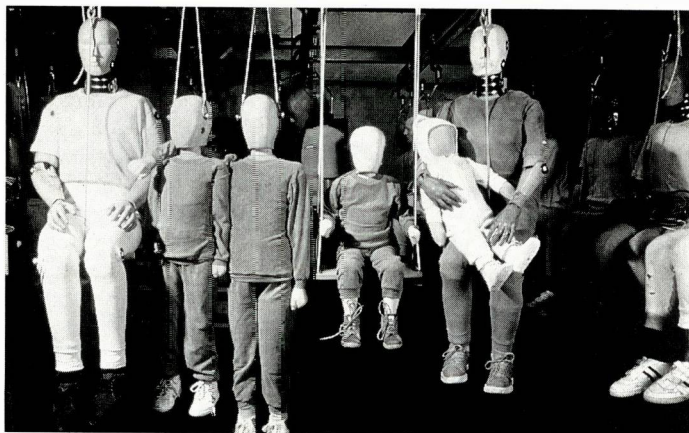
-Tests mit Leichen?

und Seitenairbag; intelligente Gurtsysteme) steht noch aus. Fachleute der Sicherheitstechnik sind sich darin einig, daß traumatomechanische Forschungen an Leichen auch in Zukunft notwendig sind, wenn der überwiegende Teil der Gemeinschaft rational denkender Menschen auch in Zukunft auf das heute erreichte Maß an individueller Mobilität nicht verzichten will.

Sind aber „Crash-Tests mit Leichen“ ethisch überhaupt vertretbar? Sie sind sogar geboten! Wenn die Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung vor Verletzungen als Kriterium für die ethische Rechtfertigung von Eingriffen in die körperliche Unversehrtheit menschlicher Leichen gilt, so ist dieses Kriterium bei traumatomechanischen Untersuchungen erfüllt. Rechtlich sind sie nicht zu beanstanden, wenn ein Leichenvermächtnis vorliegt oder Hinterbliebene nach Aufklärung zugestimmt haben. Eine nennenswerte Beeinträchtigung der äußeren Integrität tritt durch diese Untersuchungen nicht ein. Leider haben Autoritäten, auf die in ethischen Fragen Verlaß sein sollte, alleine auf der Grundlage von Falschdarstellungen in der Presse diese Forschung öffentlich kritisiert.

Seit dieser Kritik hat die Zahl spontaner Meldungen von Menschen, ihren Körper nach dem Tode der traumatomechanischen Forschung zu widmen, deutlich zugenommen. Dies zeigte, daß viele Menschen sich nicht durch irreführende Medienberichte und irrationale Ängste beeinflussen lassen, sondern nach Aufklärung über die Faktenlage, insbesondere auch über die Situation des Totseins, bereit sind, ihren Körper, den sie nicht mehr brauchen, der Gesundheit der Bevölkerung und der Wissenschaft zur Verfügung zu stellen. Auf diese Menschen kommt es an – man muß nicht alle überzeugen. ■

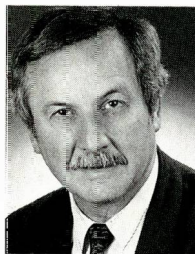
Prof. Dr. Rainer Mattern ist Direktor des Instituts für Rechtsmedizin im Klinikum der Uni Heidelberg



Nein: Es ist nicht alles erlaubt, was nützt

Von Klaus-Peter Jörns

Kaum war es 1993 ans Licht der Öffentlichkeit gekommen, daß die akademischen Gerichtsmediziner in Heidelberg (und anderswo) Kinder- und Erwachsenen-Leichen für Crashtests benutzen, da gab sich auch schon die Automobilindustrie als Initiatorin zu erkennen. Und wie nicht anders zu erwarten, beschwor sie das Nützlichkeitsdenken, um diese neue Stufe der Pietätlosigkeit zu rechtfertigen: Es gehe ja doch darum, die Sicherheit der Kraftfahrzeuge zu erhöhen und dadurch Menschenleben zu retten. Denn durch die Tests mit Leichen würden Daten gewonnen, die durch Tests mit Dummies nicht zu gewinnen seien. Was für die Verwendung von Leichen für Crashtests gilt, gilt auch für ihre Verwendung bei Versuchen, die die Wirkung von Geschossen in menschlichen Körpern untersuchen. Und immer finden sich dienstbare Gerichtsmediziner, die ein solches Ansinnen in die Tat umsetzen. Und immer wieder wird die Nützlichkeits-„ethik“ als Rechtfertigungsgrund vorgetragen: durch die Schüsse auf Köpfe und Leiber von Leichen werde ein unersetzlicher kriminaltechnischer Erkenntnisgewinn möglich.



Welch Gewinn! Da, wo ein wirklicher Gewinn an (Rechts-)Sicherheit mit geringfügigen Investitionen zu erreichen und zugleich ein gewaltiger volkswirtschaftlicher Schaden abzuwenden wäre – z. B. durch den Einbau von sog. „Unfall-schreibern“ in unsere Autos, da bemüht keiner das Wort von der Nützlichkeits-, der Gehorsam geschuldet werde. Aber solche Änderungen würden ja auch die Lebenden „treffen“ und ihre „Freiheit“ einschränken! Da wird sich lieber an Toten vergriffen, die sich nicht wehren können.

Verletzte Menschenwürde

Diejenigen, die es graust, wenn sie sich vorstellen, ihre Angehörigen könnten einmal als Leichen derart geschändet werden, reagieren vom Gefühl her – zum Glück. Und da sind sie sich sicher, daß bei diesem Umgang mit Leichen nicht nur ein Tabu, sondern die Menschenwürde verletzt wird. Weil das so ist, zielen die Rechtfertigungsversuche dienstbarer Intellektueller meist darauf ab, eben dieses sichere Gefühl der Menschen zu diskreditieren: da werde „nur emotional“ reagiert, lautet der Vorwurf. Mit demselben Argument wird auch sonst gerne versucht, die Bedenken von Menschen wegzuwischen, ja, für fortschrittsfeindlich und inhuman zu erklären, z. B. wenn es darum geht, an den Gefühlen der Angehörigen vorbei an die

Organe von Menschen zu kommen, die durch Unfall oder Suizid sterben, um sie transplantieren zu können. Das Prinzip ist einfach: Was der Nützlichkeits-„ethik“ im Wege steht, muß schlechtmacht werden.

Über Leichen gehen?

Das Nützlichkeitsargument hat als seinen getreuesten Verbündeten das so gerne zitierte Recht auf Leben. Doch die Behauptung dieses Rechts gibt sich spätestens dann als nackte Lebensgier zu erkennen, wenn – wie unsere Sprache in der notwendigen Drastik zu sagen weiß – ‘über Leichen gegangen’ wird. Das aber geschieht, wo Lebende erklären, sie hätten ein Recht, mit Leichen auch über Pietätsgrenzen hinweg nach Nützlichkeitsabwägungen zu verfahren und die Totenruhe verletzen zu dürfen. In seiner Tragödie „Antigone“ hat Sophokles den Anspruch des Staates, diese Grenzüberschreitung vornehmen zu dürfen, ethisch verbindlich zurückgewiesen. Mit derselben klaren Zurückweisung muß heute reagiert werden, wenn die Würde der Toten aus einem Interesse der Gesellschaft planmäßig mißachtet wird. Es muß ins Bewußtsein zurückkehren, wovon offenbar heutzutage das Gefühl eher weiß als der Intellekt: daß uns trotz aller Lebensgier weder lebende noch tote Menschen zur Disposition stehen, und daß die (unversehrte) Bestattung des einzelnen Menschen geschichtlich gesehen „vielleicht das Grundphänomen der Menschwerdung“ (Hans-Georg Gadamer) darstellt. Wer für den Menschen das Recht auf Leben schützen und stärken will, der muß heute dafür kämpfen, daß Menschen unbehelligt von den Interessen anderer in Frieden sterben, als Tote ruhen und dann bestattet werden können. Unsere Sicherheitsprobleme müssen wir Lebenden unter uns lösen. ■

Dr. Klaus-Peter Jörns ist Professor an der Theol. Fakultät der Humboldt-Universität, Berlin.

Von Reinhard Becker

Vorwort

Hat ein Mensch in jungen Jahren durch seiner Hände, seines Kopfes oder beider Arbeit aktiv zum Bruttosozialprodukt beigetragen, dann bedrücken ihn spezielle Probleme, wenn er zum Zivildienst eingezogen wird. Besonders die Angst, der Einberufung wegen den Arbeitsplatz zu verlieren, überfällt ihn mit Macht. Aber auch andere Fragen machen ihm zu schaffen: ob er den nicht genommenen Urlaub in den Wind schreiben könne, und wie es mit seiner sozialen Absicherung weitergeht, mit der Renten-, Arbeitslosen-, Pflegeversicherung oder gar dem Bausparvertrag mit der Arbeitnehmer-Sparzulage? Fragen, auf die es glücklicherweise Antworten gibt, zumeist erfreuliche. Sie finden sich im wesentlichen im ARBEITSPLATZSCHUTZGESETZ (offiz. Abkürz: ArbPISchG). Hinweise und Auszüge daraus im Zivildienstgesetz (ZDG) § 78.1 und im Leitf. f. d. ZD Abschn. F14 u. F14, Anlage.

1. Buch: Kündigungsschutz

Der arbeitsame und ordentliche Mensch hat seinem Arbeitgeber unverzüglich den Einberufungsbescheid vorgelegt (§ 1.3 ArbPISchG). Damit wird bewirkt, daß der Arbeitgeber bei Auszubildenden, Arbeitern und Angestellten vom Einberufungsbescheid bis zur Entlassung aus dem ZD keine Kündigung aussprechen darf (§ 2.1 ArbPISchG). Das Arbeitsverhältnis wird also durch den ZD nicht aufgehoben, sondern bleibt weiterhin bestehen (§ 1.1 ArbPISchG). Es ruht während des ZD und damit ruhen auch bestimmte Pflichten: Der ZDL braucht seine Arbeitskraft nicht mehr im alten Betrieb einzusetzen – das soll er jetzt im ZD tun, und der Arbeitgeber muß keinen Lohn mehr zahlen – stattdessen kommt der ZDL in den speziellen Genuß des Soldes.

Befindet sich aber jemand in einem *befristeten Arbeitsverhältnis* oder ist er nur auf Probe angestellt und wird dabei von der Einberufung überrascht, so wird das Arbeitsverhältnis durch den ZD nicht verlängert. Es endet auch dann, wenn diese Frist während des ZD zu Ende geht (§ 1.4 ArbPISchG).

Ist der ZD glücklich zu Ende, dann übergibt der Ex-ZDL den Durchschlag seiner *Dienstzeitbescheinigung* alsbald seinem früheren Arbeitgeber. Auch wenn dem Ex-ZDL die ganze Bürokratie endgültig zum Halse heraushängt, so ist gerade dieses Papier für ihn besonders wichtig. Es liefert den Nachweis über:

- die Zugehörigkeit zum früheren Betrieb während der ZD-Zeit
- begründet sein Recht auf Weiterbeschäftigung im alten Betrieb

Arbeitnehmer-Trilogie

Bemerkungen zum Arbeitsplatzschutzgesetz

- Ansprüche auf Arbeitslosengeld oder -hilfe
- Zahlung von Sozialbeiträgen während der ZD-Zeit.

Nimmt der Ex-ZDL in seinem alten Betrieb die Arbeit wieder auf, dann muß er so gestellt werden, als sei er nicht weg gewesen. Die ZD-Zeit muß auf seine Betriebszugehörigkeit angerechnet werden. Dies hat Bedeutung für die Anwartschaft auf Betriebsrenten oder die Abfindung aus einem Sozialplan. Außerdem darf er in der Art der Beschäftigung nicht benachteiligt werden, wie z.B. durch minderwertigere, schwerere körperliche oder geringere entlohnte Tätigkeiten als vor dem ZD (§ 6.1 u. 2 ArbPISchG).

Sollte ein Arbeitgeber auf die absurde Idee kommen, einem ehemaligen Dienstleistenden *dennoch zu kündigen*, nachdem er die Arbeit im alten Betrieb wieder aufgenommen hat, so ist Klage beim Arbeitsgericht angezeigt. Da eine Kündigung wegen des ZD nicht ausgesprochen werden darf, ein Arbeitnehmer das aber kaum nachweisen könnte, ist hier die sogenannte Beweislast umgekehrt. Der Arbeitgeber muß nun nachweisen, daß er nicht wegen des ZD gekündigt hat (ArbPISchG § 2.2).

2. Buch: Urlaubsschutz

Die Zeit des „dolce far niente“, des süßen Nichtstuns erfreut sich beim arbeitenden Menschen besonderer Beliebtheit und intensiver Nutzung. Niemand wäre bereit, auf den ihm zustehenden Urlaub zu verzichten. Hier ist natürlich nicht der Zivildienst gemeint, sondern Urlaubsansprüche aus der Zeit der Ausbildung bzw. Berufstätigkeit vor dem ZD. Ist es dem Dienstpflichtigen nicht gelungen, den ihm zustehenden Urlaub vor dem ZD-Beginn zu nehmen, so geht er ihm nicht verloren. Er kann dann nach dem ZD den Urlaub im laufenden Jahr beanspruchen oder sogar in das folgende Urlaubsjahr ganz oder teilweise übertragen lassen (§ 6.2 ArbPISchG). Hat aber wider Erwarten das Arbeitsverhältnis ein Ende gefunden, weil es befristet war oder gekündigt wurde, so muß der noch ausstehende Urlaub abgegolten werden (§ 6.3 ArbPISchG). Der Arbeitgeber muß für die nicht gewährten Ur-

laubstage entsprechenden Lohn auszahlen. Die manchen ZDL tief bewegende Frage, ob er im Anschluß an den ZD eine kleine Weltreise unternehmen sollte, wirft für den arbeitnehmenden Teil dieser Gattung einige Probleme auf. Denn diese Frage findet im Arbeitsplatzschutzgesetz keine Erwähnung. Sie scheint dem Gesetzgeber nicht zu Ohren gekommen zu sein. So gibt es hier weder Schutz noch Regel. Der Betroffene ist alleine auf sein Verhandlungsgeschick mit dem Arbeitgeber angewiesen.

3. Buch: Versicherungsschutz

Die Sorge eines Arbeitnehmers, daß ihm durch den ZD Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung verloren gingen, sind unbegründet.

Das Bundesamt zahlt für alle ZDL pauschal Beiträge

- in die Rentenversicherung
- an die Bundesanstalt f. Arbeit
- in die Pflegeversicherung
- für die aus der Zeit der Berufstätigkeit bestehende Pflicht- oder freiwillige Versicherung bei einer gesetzlichen Krankenversicherung.

Für eine bestehende zusätzliche Höhverversicherung zur gesetzlichen Rentenversicherung erhält der ZDL die Beiträge bis zu einer bestimmten Höhe auf Antrag erstattet.

Wie man hin und wieder hört, soll es ZDL geben, die schon einen *Bausparvertrag* abgeschlossen haben. Für sie erhebt sich die bange Frage, wer nun die Beiträge und die Arbeitnehmer-Sparzulage zahlt.

Und die Sachlage ist eindeutig: Niemand, es sei denn der ZDL selber. Doch das ist wohl kaum zumutbar. So muß der Bausparvertrag während des ZD ruhen, und das angestrebte Haus kann erst 15 Monate später errichtet werden. Das ArbPISchG sieht die Vorsorgeleistung durch Bausparen nicht als Teil der sozialen Sicherung an. Da der Bund kein Arbeitgeber, der Sold kein Lohn und der ZDL kein Arbeitnehmer ist, gibt es auch keine Arbeitnehmer-Sparzulage. Falls es jemanden tröstet, sei festgestellt: Für den jugendlichen Bausparer und ZDL stellt das eine klare Benachteiligung dar.

Tips:

- Auf das „Merkblatt über die soziale Sicherung der Dienstpflichtigen im ZD“ sei ausdrücklich hingewiesen.
- Klage gegen Kündigung muß innerhalb von 3 Wochen erhoben werden. Ausschlussfrist!
- ZDL, die Gewerkschaftsmitglieder sind oder es werden, erhalten beim DGB Beratung und Rechtsschutz.
- Für Studenten gibt es sinngemäß auch einen Studienplatz-Schutz.

THEMA

1945 – FÜNFZIG JAHRE DANACH



Mit dem 8. Mai 1945 verbindet sich historisch die Erinnerung an den bewaffneten Sieg der alliierten Armee über die Truppen der Hitler-Wehrmacht. 50 Jahre später ist aus dem Verlierer von 1945 ein gefragter Partner im militärischen Verbund der einstigen Siegermächte geworden, und in der deutschen Politik mehren sich die Stimmen, die diese Entwicklung als happy end einer unheilvollen Vergangenheit werten. Die Rückschau auf das Ende des Zweiten Weltkrieges bleibt lückenhaft, so lange sie sich auf die Ereignisse der Befreiung durch Gewalt beschränkt und die Zeugnisse einer Befreiung von Gewalt ausblendet. Unsere Erinnerung an den letzten Weltkrieg muß die – oft namenlosen – Vertreter eines anderen Deutschlands einbeziehen, die unter Einsatz ihres Lebens dem nationalistischen Scheuklappenreden ihrer Mitbürger und der NS-Vernichtungsmaschinerie eine Absage erteilt haben. Der Militärhistoriker Prof. Dr. Manfred Messerschmidt hat kürzlich festgestellt: „Dem militärischen Widerstand gegen Hitler sind Gedenkstätten und eine zahlreiche Literatur, Filme und Feierstunden gewidmet worden.“ Er fährt fort mit der Frage: „Wer würdigt jene, die sich der Kriegsmaschine verweigert und entzogen haben?“. Auf den Seiten 16 u. 17 gedenkt wub der ökumenischen Kriegsdienstverweigerer des Zweiten Weltkrieges und portraitiert Menschen, die für einen gewaltfreien „Aufstand des Gewissens“ gegen das Hitlerregime stehen.

1945 – Fünfzig Jahre danach bleibt mancher Sprengsatz zu entschärfen: Neben Bomben und Blindgängern, die noch heute die Evakuierung ganzer Stadtviertel notwendig machen (S. 14), finden wir Altlasten anderer Art in einer fragwürdigen Traditionspflege, die Teile der Bundeswehr (S. 15) und des Filmmarkts (S. 18) betreiben. Politisch und sozial bleibt es ein Skandal, daß den Opfern der NS-Militärjustiz nach wie vor eine konsequente Rehabilitation und Entschädigung vorenthalten wird (S. 19), während die Mehrzahl der Täter weder Karriere noch Versorgungseinbußen hinzunehmen brauchte. Da gibt es manchen Anlaß zu „Trauer, Scham und Zorn“ (S. 20).

1945 – Fünfzig Jahre danach möchten wir unsere LeserInnen dazu anregen, überfällige Altlasten in unserer Gesellschaft zu orten und notwendige Kampf-mittelräumdienste in die Wege zu leiten ... F. S.

Foto: dpa

„Gefährliches Erbe“

Noch immer sind in Deutschland Tausende von Bomben-Blindgängern unentdeckt

Von Christoph Nagel

„Bombe legte Verkehr lahm“ – „Bombenalarm im Bordell“ – „Granate mit Hammer gereinigt: Toter, Verletzte“ ... auch 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sorgt sein gefährliches Erbe noch für Schlagzeilen. Jeden Tag müssen Experten der deutschen Kampfmittelräumdienste ausrücken, um alte Weltkriegsmunition und sogenannte „Blindgänger“ unschädlich zu machen, d. h. abgeworfene, jedoch nicht gezündete Sprengkörper entschärfen, deren tödlicher Inhalt auch heute noch jederzeit explodieren könnte.

Allein in Hamburg, so schätzt der Leiter des dortigen Kampfmittelräumdienstes, Manfred Schubert, lauern noch 2 500 Sprengbomben, sowie viele Tonnen an Brandbomben, ungezählte Granaten und andere Munition in Boden und Gewässern. 23 Staatsangestellte, sämtlichst bei der Bundeswehr ausgebildet, und 60 Mitarbeiter privater Firmen beschäftigen sich in der Hansestadt mit der Räumung der explosiven Altlast.

„Aufgabe für Generationen“

Die Unterstützung durch die „Gewerblichen“, oft ehemalige Feuerwerker der Nationalen Volksarmee, ist erst seit drei Jahren üblich. Zu diesem Zeitpunkt nämlich wurden dem Kampfmittelräumdienst die Luftbildaufnahmen britischer Aufklärungsflugzeuge zur Verfügung gestellt. Schon eine grobe Übersicht der über 30 000 Bilder machte deutlich, daß hier, so Schubert, noch eine „Aufgabe für Generationen“ wartet. Besonders im Süden Hamburgs, dem Kampfschauplatz gegen Kriegsende, finden sich noch ungezählte Reste, vielfach bei der kampfflosen Übergabe der Stadt eilig verscharrt. Recht sorglos sei man nach der Devise „Munition rein, Erde drüber“ verfahren und „Da schlummern sie heute noch.“, berichtet Schubert. Durch diese geschichtliche Besonderheit sei die Belastung der Hansestadt noch größer als die anderer stark bombardierter Städte wie Köln oder Düsseldorf. Nur in den Neuen Bundesländern gäbe es noch deutlich mehr zu tun: „Im Osten ist bislang nur das Notwendigste gemacht worden.“ Die Auswertung der Bilder übernehmen Experten wie der Vermessungstechniker Klaus Stubbe. Mit speziellen optischen Geräten, teilweise auch mit Computerunterstützung, blendet Stubbe Luftaufnah-

men und Landkarten übereinander, um mögliche Blindgänger zu lokalisieren – keine leichte Aufgabe, hat sich Hamburg doch seit Kriegsende beträchtlich verändert. Zusätzlich muß Stubbe mit den durch Ausweichmanöver gegen Flugabwehr-Beschuß oft wechselnden Blickwinkeln der Bilder kämpfen. Und schließlich ist es oft schwer festzustellen, ob ein heller Fleck auf dem Foto nun ein Fehler des Bildmaterials oder tatsächlich einer der gefürchteten Blindgänger ist. „Es dauert schon ‘ne Zeit, bis man den Bogen’ raushat“, bestätigt Stubbe. Zusätzlich zur systematischen Durcharbeitung der Aufnahmen gehen Klaus Stubbe und seine Mitarbeiter auch gezielten Hinweisen aus der Bevölkerung sowie vorsorglichen Anfragen besorgter Bauherren nach.

„Keine Arbeit wie jede andere“

Erhärtet sich ein Bomben-Verdacht, müssen Stubbes Kollegen vor Ort die Untersuchung weiterführen. Bis zu einer Tiefe von 3 Metern können Metalldetektoren Verdächtiges aufspüren. Liegt die Bombe tiefer, werden Sonden in Bohrlöcher von bis zu 18 Metern Tiefe hinabgelassen. Schlagen die Zeiger der Meßgeräte aus, muß gegraben, manchmal auch getaucht werden – mit größter Vorsicht, versteht sich.

Ist der Sprengkörper endlich gefunden, muß entschieden werden, ob er transportfähig ist, vor Ort entschärft oder sofort gesprengt werden muß. Die Verantwortung für diese Entscheidung liegt bei Manfred Schubert und einem Kollegen, der abwechselnd mit ihm in Bereitschaft ist. Über die eingebürgerte Berufsbezeichnung „Sprengmeister“ ist er in diesem Zusammenhang nicht sehr glücklich: „Wenn ich nur sprengen wür-



Noch immer werden in Deutschland jährlich etwa 900 Tonnen Munition aus dem Zweiten Weltkrieg entschärft – hier eine V1-Flugbombe, die in einem Bachbett bei Bonn gefunden wurde. Foto: dpa

de, wäre Hamburg innerhalb von ein, zwei Jahren wieder ein Trümmerfeld.“

Etwa fünfzehn- bis zwanzigmal im Jahr muß Schubert selbst einen Sprengkörper entschärfen. Meist geschieht das dadurch, daß der Zünder entfernt wird: „Keine Arbeit wie jede andere“, betont er. Das oft verrottete Material ist hochempfindlich, nicht selten sind durch chemische Reaktionen neue, hochexplosive Stoffe entstanden. Die Folge: Allein 1990, so mahnt eine Tafel im Flur von Schuberts Büro, „sind 13 Mitarbeiter des Kampfmittelräumdienstes in den alten Bundesländern bei der Arbeit tödlich verunglückt“. Längst beschäftigen nicht mehr nur die Überreste der Weltkriege die Kampfmittelräumdienste. Immer neue Kriege produzieren immer neuen Munitionsmüll, und nicht selten erreicht dieser auch Deutschland. So wie die 40 Container mit „Buntmetallschrott aus Angola“. Was da im Oktober letzten Jahres so harmlos deklariert im Hamburger Hafen eintraf, entpuppte sich rasch als gewaltige Ladung nur notdürftig munitionsbereinigter Überreste von Kampfhubschraubern, Flugzeugen und ausgebrannten Raketen – neue Arbeit für Manfred Schubert und seine Männer. Besonders frustrierend: „Wenn man die Munition beseitigt hat, weiß man genau: Das geht alles wieder in den Schrott, und daraus wird wieder neue Munition gemacht.“ Für Manfred Schubert bleibt deshalb nur eine mögliche Schlußfolgerung aus über fünfundsiebenzig Jahren Kampfmittelräumdienst: „Auf diesem Posten wird man zum Pazifisten.“ ■

Traditionspflege in der Bundeswehr

Von Helmuth Prieß

Die Traditionspflege in der Bundeswehr ist noch widersprüchlicher als in unserer Gesellschaft. Sie schwankt zwischen Widerstand gegen die Nazis (v. Treskov-Kaserne), demokratischen Vorbildern (Gustav Heinemann-Kaserne) und Ehrerbietung von Nazihelden (General Dietl-Kaserne), Feudalherrn (Graf Aswin-Kaserne) und Hitlerwegbereitern (v. Hindenburg-Kaserne). Hinter diesen Namen steht der ebenso weite Bogen der Geisteshaltungen, die in der Bundeswehr anzutreffen sind – dazwischen die vielen angepaßten, „unpolitischen Technokraten in Uniform“. Nach Deutschlands Befreiung gab's keine Stunde Null – so auch nicht für die Bundeswehr. Der Versuch, hitlertreue Offiziere aus der Bundeswehr (Gutachterausschuß) fernzuhalten, scheiterte mangels Masse. Beim Tauziehen um die Ausformung der Leitziele vom „Staatsbürger in Uniform“ und einer zeitgemäßen „Inneren Führung“ gewannen die Traditionalisten (Karst) bald an Boden gegenüber den Reformern (v. Baudissin). „Baudissin? Den haben wir sowieso nicht ernst genommen.“ erklärten Generalstabsoffiziere unter Beifall. Schon zuvor hatte 1971 General Grashy dazu aufgefordert, die Maske der Inneren Führung fallen zu lassen und die amtliche Schnezstudie propagierte eine Bundeswehr sui generis, eine ganz besondere Armee. Der 1. Traditionserlaß aus dem Jahr 1965 hatte diesem Denken die Türen offen gehalten.

Die 68er Reformphase und der politische Wechsel 1969 brachten demokratischen Wind auch in die Kasernenecken. Kritische SPD-Abgeordnete sorgten dafür, daß Göringbilder aus Luftwaffenkasinos entfernt wurden und der von Manfred Wörner lancierte Besuch des NS-Oberst Rudel in Bremgarten ein unrühmliches Ende nahm. In der Truppe regte sich demokratisches Denken. Die „Leutnante 70“ formulierten ihre demokratischen Thesen zum Berufsverständnis, mit dem „Echo“ der reaktionären Unnaer Hauptleute, die – Stichwort: neue Ostpolitik – das wahre Feindbild schwanden sahen. Da der Reformschwung zu Beginn der 70er Jahre bei Georg Leber versiegte und bei und mit Hans Apel völlig unter die Räder kam, blieben auch die mehr auf öffentliche Wirkung zielenden Treffen zwischen Bundeswehr- und Gewerkschaftsspitzen nur Oberflächenkosmetik. Lütjens, Mölders, Walter Flex, Rommel, Kaiser-Wilhelm, v. Lettow-Vorbeck und Langemark blieben der Truppe als Vorbilder erhalten. Gegen 1980 nahmen die Kontakte zu Wehrmachts-Traditionsverbänden wieder zu; seit 1982 sind sie wieder hoffähig: Beim jährlichen Treffen am Ehrenrain der Panzertruppenschule in Munster, beim Jahrestreffen des „Panzerkorps Großdeutschland“ in Arolsen oder dem Grünen bei Sonthofen, wo Generalinspekteur Naumann jüngst die Festrede hielt. Und, zur christlichen Ergänzung, weicht 1992 beim Festgottesdienst in der

Schloßkapelle zu Aschaffenburg der Militärdekan Theo Sell die neue Fahne der dortigen Bundeswehrkameradschaft. Zur Fortsetzung der Tradition „deutscher Soldatentums“ in der Bundeswehr gehören auch das law-and-order-Denken, das Duckmäusertum, die Vernachlässigung des Individualismus und der Zivilcourage und die Unterdrückung von Minderheiten – nur auf einer gemäßigeren Ebene.

Die wenigen kritischen Offiziere, die aus der Bundeswehr „auftauchen“, wie General Gerd Bastian, Admiral Elmar Schmähling oder die Offiziere und Unteroffiziere des Arbeitskreises DARMSTÄDTER SIGNAL wurden, wo immer möglich, dienstlich benachteiligt und oft auch menschlich „geschnitten“ – Reaktionäre Offiziere, wie z.B. BrigGen Karst, OTL Witt, GenMaj Wagemann oder GenLtn Uhle-Wetter (später militärpolitischer Berater der Repts), machten Karriere im Kreise des ihnen wohlgesonnenen Offizierskorps. Da nehmen die rechtsradikalen Straftaten und Entgleisungen von Soldaten vor dem Hintergrund der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung nicht Wunder – öffentlich bekannt ist dabei ohnehin nur die Spitze des Eisbergs. Die von den zuständigen Vorgesetzten ausdrücklich geduldeten Reichskriegsflaggen an den Wänden der Heeresoffiziersschule oder die Übergabe eines Bildes mit „völkischem Text“ vor ranghohen Stabsoffizieren in Koblenz an Heeresinspekteur Hansen 1993 sind so wenig Anlaß zu dienstlicher Maßregelung, wie die vor wenigen Wochen von Generalmajor Schultze-Rohnhof in Hannover im Dienst, öffentlich, in Uniform, vor geladenen Gästen vorgetragene Attacke gegen das Bundesverfassungsgericht – allein die sprachliche Verbindung der Blutrichter des NS-Volksgerichtshofes mit den Richtern des Bundesverfassungsgerichts hätte disziplinare Folgen haben müssen!

Bei undemokratischer Traditionspflege ertappt, zeigt sich die Bundeswehr mehr als hilflos: Da wird ein Nazispruch im Turmzimmer des Düsseldorfer Verteidigungsbezirkskommandos dadurch „entfernt“, indem das Zimmer einfach verschlossen wird und der Wandspruch in der Eingangshalle, „Sie sollen ihn nicht haben, den großen, deutschen Rhein“ wurde durch Wegkratzen des Wortes „Rhein“ in Ordnung gebracht.

Es wird noch viel Wasser den Rhein hinunterfließen müssen, bis demokratischer Geist und demokratische Traditionspflege auch im letzten Kasernenwinkel Einzug gefunden haben. Ohne gesellschaftliche Kontrolle und Einfluß schafft es die Bundeswehr nicht aus eigener Kraft. ■

Der Autor ist Oberstleutnant a.D. und Sprecher des Arbeitskreises „Darmstädter Signal“.

Traditionspflege am Volkstrauertag in Düsseldorf: Ein Nazi-Denkmal von 1939, ein Spalier der Bundeswehr, „alte Kameraden“ mit der Reichskriegsflagge. (Die Aufnahme entstand 1987.)

Foto: L. Spinn-Conradt



Erst umgebracht, dann totgeschwiegen:

Kriegsdienstverweigerer im Dritten Reich

Von Friedhelm Schneider

Aus den Prozeßakten der NS-Militärjustiz läßt sich entnehmen, wie 1939–45 Zehntausende von Kriegsgegnern ihre Überzeugung zum Ausdruck gebracht haben:

1. Da gab es die **Kriegsdienstverweigerung** im engeren Sinne, also die offene und begründete Ablehnung einer bevorstehenden oder bereits erfolgten Einberufung zum Militär. Die im folgenden skizzierten Kurzportraits stellen Menschen vor, die, um mit ihrem Gewissen in Einklang zu bleiben, die Folgen dieses konsequenten Handelns auf sich genommen haben.

2. Um eine militärinterne Lösung ihres Gewissenskonflikts bemühten sich zahlreiche „**Kriegsteilnehmer unter Vorbehalt**“: Ihren Vorsatz, nicht auf Menschen zu schießen, versuchten sie durchzuhalten, indem sie sich zu den Sanitätsabteilungen und technischen Diensten meldeten oder letztlich im Kampfeinsatz das vorgegebene Ziel bewußt verfehlten.

3. Im Laufe der Kriegsjahre sind Tausende deutscher Soldaten zu der Einsicht gekommen: „*Ich habe die Metzerei satt ...*“ („... und laufe über“, so der Titel der gleichnamigen Untersuchung von J. Kammler, 1985). Das Erlebnis bis dahin unvorstellbarer Grausamkeiten trug dazu bei, daß sie sich trotz hoher persönlicher Risiken als **Deserteure** oder als **Überläufer** von dem „*ungerechten Raubkrieg Hitlers*“ distanziert haben.

4. Nicht unerwähnt bleiben soll schließlich der persönliche **Einspruch** gegen die nationalsozialistische Militär- und Vernichtungspolitik. Wer immer sich in diese Richtung äußerte, mußte mit schwerwiegenden Konsequenzen rechnen, wenn seine Kritik bekannt wurde. Es war eine Situation eingetreten, über die Erich Kästner im Rückblick urteilte (1958): „*Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird.*“

Gemeinsam ist den verschiedenen Formen der Kriegsopposition ihre unnachgiebige Verfolgung durch den NS-Staat: Nach der mehrfach verschärften Kriegsonderstrafrechtsverordnung von 1938 wird im Regelfall „wegen **Zersetzung der Wehrkraft** ... mit dem Tode bestraft: 1. wer öffentlich dazu auffordert oder anreizt, die Erfüllung der Dienstpflicht



Zeichnung: Otto Herrmann „Eine Armee frißt ihre Kinder!“ (s. a. S. 19)

in der deutschen oder verbündeten Wehrmacht zu verweigern, oder sonst öffentlich den Willen des deutschen oder verbündeten Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen oder zu zersetzen sucht;

2. wer es unternimmt, einen Soldaten oder Wehrpflichtigen des Beurlaubtenstandes zum Ungehorsam, zur Widersetzung oder zur Tätlichkeit gegen einen Vorgesetzten oder zur Fahnenflucht oder unerlaubten Entfernung zu verleiten ...“ (§ 5)

Über die **Zahl** der Personen, die im Dritten Reich als KDVer hervorgetreten sind, gibt es keine historisch zuverlässigen Angaben. Die Annahme eines „statistischen Fixwertes“ von 10 500 KDVerfahren (so Bredemeier, 1991) dürfte als Obergrenze zu betrachten sein. Sie ist in Zusammenhang zu sehen mit den fast 30 000 Todesurteilen, die die NS-Militärjustiz wegen Fahnenflucht und „Wehrkraftzersetzung“ aussprach, und den etwa 25 000 Langzeit-Haftstrafen, die „Wehrkraftzersetzer“ unter schlimmsten Bedingungen in Zuchthäuser, KZs und Strafkompanien führte.

Mit der Entscheidung, im Zweiten Weltkrieg das Töten zu verweigern, begann der Weg in die Einsamkeit. In doppelter Weise alleingelassen, haben einzelne Mitglieder der großen christlichen Konfessionen diesen Weg zurückgelegt – gegen die Ablehnung einer national(sozial)istisch denkenden „Volksgemeinschaft“ und gegen das Unverständnis einer mehrheitlich obrigkeitshörigen Kirche. „*Heute, im Rückblick, muß ich sagen, daß es die Schuld der Bekennenden Kirche war, daß wir im Jahre 1939 nicht gewagt haben, zur KDV aufzurufen.*“ Das Urteil des Berliner Altbischofs Kurt Scharf (1987) ist eine Einzelstimme ge-

blieben. Die KDVer des Dritten Reichs haben deutlich gemacht, daß sie nicht bereit waren, an der Verbreitung von Nationalismus, Militarismus und Fremdenhaß mitzuwirken. Mit ihrer Person haben sie sich dem Totalitätsanspruch der Nazi-Unwerte entgegengestellt und Zeichen einer lebensfreundlichen Gewaltfreiheit gesetzt. Nachdem sie nationalsozialistisch verfolgt und umgebracht worden sind, wäre es an der Zeit, sie demokratisch nicht länger totzuschweigen und sie als wichtigen Teil unserer Geschichte zu begreifen.

Wir gedenken der ökumenischen Kriegsdienstverweigerer des Zweiten Weltkriegs

Hermann Stöhr

(1898–1940):

Nach seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg engagierte sich Dr. Hermann Stöhr in der ökumenischen



Bewegung und beim Internationalen Versöhnungsbund. In mehreren Eingaben hat Stöhr 1933 die ev. Kirchenleitung in Berlin daran erinnert, daß sie „*nicht Filiale der NSDAP*“ sei, und sie u. a. dazu aufgefordert, „gegen den unchristlichen Antisemitismus“ tätig zu werden. Am 2.3.1939 verweigerte Stöhr anläßlich einer Wehrübung die militärische Eidesleistung und den Kriegsdienst: „*Mir wie meinem Volk sagt Christus: 'Wer das Schwert nimmt, soll durchs Schwert umkommen.'*“ (Matth. 26,53) So halte ich die



Waffenrüstungen meines Volkes nicht für einen Schutz, sondern für eine Gefahr ...“

Obwohl Stöhr sich zu einem Arbeitsdienst statt militärischer Übungen bereit erklärt hatte, wurde er vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt und am 21.6.1940 in Berlin-Plötzensee enthauptet.

Wilhelm Schümer (1909–1943): Schon als junger Pfarrer bekam Dr. Wilhelm Schümer Schwierigkeiten mit seiner Frankfurter Gemeinde, als er 1935 die Aufstellung eines Hitlerbildes im ev. Gemeindesaal monierte und auch später an seiner NS- und militärkritischen Einstellung festhielt. „... wer unser Nächster ist, das können wir ja nicht bestimmen, wie es uns paßt, nein, das bestimmt Gott. Der, den wir für unseren Feind halten, kann vor dem Angesicht Gottes gerade unser Nächster sein, dem wir Liebe schulden.“ (1940) Nach seiner Einberufung verweigerte Schümer zunächst Fahneid und Kriegsdienst. Um Repressionen von seinem als Pazifist bekannten Vater abzuwenden, willigte er schließlich in den Kompromiß eines helfenden Sanitätsdienstes ein, den ein wohlwollender Vorgesetzter ihm anbot. Am 15.7.1943 wurde Wilhelm Schümer an der Ostfront als vermißt gemeldet.

Weitere evangelische KDVer waren der Vikar **Ernst Friedrich** (1909–1985) und der Kirchenjurist **Martin Gauger** (†1941). Obwohl der Landesbruderrat der Bekennenden Kirche seine Entscheidung ablehnte, verweigerte Friedrich 1937 die Teilnahme an einer militärischen Übung: „Ich kann nicht erst am Kriegsbeginn nein sagen.“ 1940 wurde ein wegen Wehrkraftzersetzung eingeleitetes Verfahren eingestellt, nachdem Friedrich sich gegen sein Gewissen zum

Sanitätsdienst bereitgefunden hatte, um die angedrohte KZ-Einweisung von Familienangehörigen zu verhindern. – Um seiner Heranziehung zur Wehrmacht zu entgehen, floh Gauger 1940 nach Holland. Dort griff ihn später die SS auf. 1941 wurde er in Buchenwald ermordet.

Franz Jägerstätter (1907–1943):

Der katholische Bauer Franz Jägerstätter war beim Einmarsch der Hitler-Truppen in Österreich der einzige Mann, der in seinem Dorf gegen den Anschluß an das Deutsche Reich stimmte. Als der Vater von drei Töchtern 1943 zum Militärdienst einberufen wurde, fand er sich in der Kaserne ein und verweigerte jeden Dienst. Er wurde zuerst in Linz, dann in Berlin-Tegel inhaftiert und nach einem Kriegsgerichtsprozeß wegen Zersetzung der Wehrkraft am 9.8.1943 enthauptet. Ein Mithäftling berichtet über Jägerstätter: „Er gestand, daß er sich weigerte, in einem sinnlosen und von vornherein zum Scheitern verurteilten Krieg zu dienen. Und außerdem, so erklärte er, ziehe er es als Christ vor, mit dem Wort Gottes und nicht mit den Waffen zu kämpfen.“



Michael Lerpischer (1905–1940):

Unter dem Einfluß des katholischen Priesters und Pazifisten Dr. Max Josef Metzger schloß sich der Allgäuer Bauernsohn Michael Lerpischer 1935 der Christkönigsgesellschaft an, die den Gedanken der Brüderlichkeit zwischen den Menschen aller Rassen und Nationen besonders betonte. „Bruder Bertram“, wie Lerpischer dort genannt wurde, trat als engagierter Pazifist in Erscheinung: So weigerte er sich, die örtliche Kirchenzeitung zu verteilen, wenn sie patriotische oder kriegsbejahende Artikel enthielt. Gelegentlich korrigierte er die ihm zugewiesenen 50 Exemplare, indem er Streichungen vornahm und Randbemerkungen hineinschrieb. 1940 wurde Lerpischer wegen KDVerhaftet und (am 5.9.) hingerichtet, obwohl er, wie Josef Ruf (s. u.), zu einem wirklich waffenlosen Sanitätsdienst bereit gewesen wäre. Überliefert sind seine Worte: „Der Hitler kann mir den Kopf abschlagen, aber er kann mich zu nichts zwingen.“

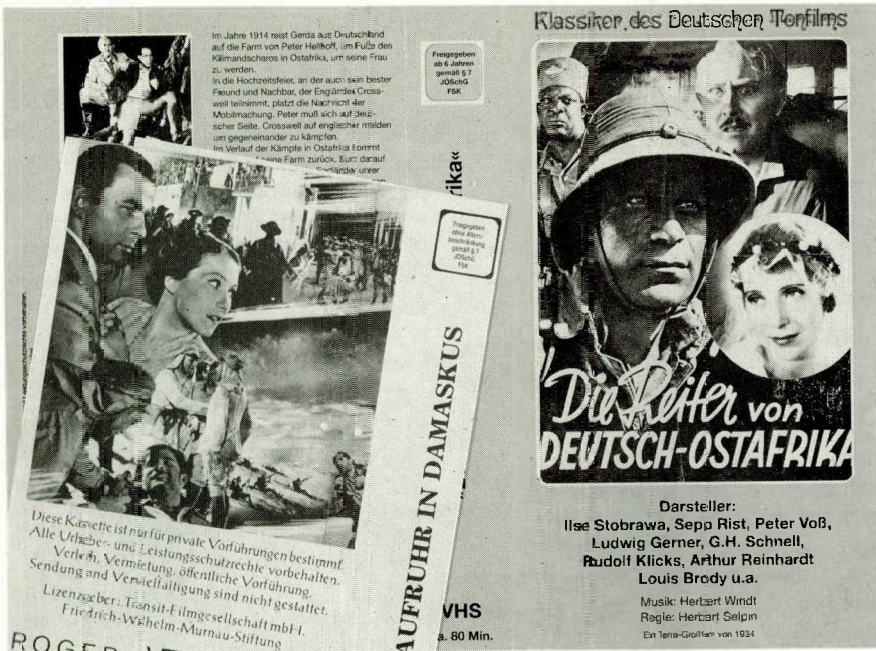


Dem NS-Hinrichtungsapparat fielen weitere katholische KDVer zum Opfer: **Josef Ruf** (1905–1940), wie Lerpischer Bruder in der Christkönigsgesellschaft; Pater **Franz Reinisch** (1903–1942); **Richard Reitsamer** (†1944); **Ernst Volkmann** (1902–1941). Seine KZ-Haft überstand **Josef Scheuer** (1900–1982); in psychiatrischer Internierung überlebte der Jurist **Dr. Josef Fleischer**, dessen Bruder Bernhard Fleischer ebenfalls verweigerte und der Hinrichtung entkam.

August Dickmann (1910–1939): Im KZ Sachsenhausen, in das man ihn wegen seiner Mitgliedschaft bei den Zeugen Jehovas eingeliefert hatte, wurde Dickmann nach Kriegsbeginn aufgefordert, den Wehrpaß zu unterschreiben. Als Dickmann sich weigerte, ließ der Lagerkommandant alle Gefangenen auf dem Appellplatz antreten und verkündete über den Lautsprecher: „Der Häftling August Dickmann aus Dinslaken, geboren am 7. Januar 1910, verweigert den Wehrdienst, weil er ein Bürger des Königreiches Gottes sei. Er sagt: 'Wer Menschenblut vergießt, dessen Blut soll wieder vergossen werden.' So hat er sich außerhalb der Volksgemeinschaft gestellt und wird auf Anordnung des 'Reichsführers SS' Himmler erschossen.“ Wenig später wurde Dickmann von drei SS-Leuten exekutiert. Gegen KDVer aus den Reihen der „Ernstens Bibelforscher“ (so die damalige Bezeichnung der Zeugen Jehovas) hat das Reichskriegsgericht ca. 600 Todesurteile ausgesprochen.

„Ein ganz normaler Kirchenchrist“: In seinen Lebenserinnerungen („Widerstehen und Versöhnen“, 1987) berichtet der Berliner Bischof Kurt Scharf: „Höchsten Respekt abgenötigt hat mir ein junger Oberprimaner. Er erzählte mir, wie er mit Begeisterung an die Front gegangen sei, dort aber mitbekommen habe, was hinter der Front durch die 'Goldfasanen' – so nannte man die Leute von der NSDAP bei der Verwaltung im Hinterland – aber auch durch das deutsche Militär an der Zivilbevölkerung angerichtet wurde. Daraufhin habe er den weiteren Wehrdienst verweigert. Er kam vors Kriegsgericht in Berlin und wurde zum Tode verurteilt. In seiner letzten Nacht war ich eine Stunde bei ihm. Er war kein Ernster Bibelforscher oder Adventist. Er war ein ganz normaler Kirchenchrist. Er übergab mir einen Brief an seine Mutter, in dem er schrieb: 'Sei nicht traurig! Es ist besser, ich sterbe auf diese Weise als Zeuge unseres Heilands, als daß ich an der Front mein Leben für dieses System lasse.'“

Zum Weiterlesen: Albrecht und Heidi Hartmann, Kriegsdienstverweigerung im Dritten Reich, Frankfurt/M. 1986; Karsten Bredemeier, Kriegsdienstverweigerung im Dritten Reich, Baden-Baden 1991.



„Unterhaltungsware“

Die Kriegsfilme der Nazis: einst verboten, jetzt auf Video zu haben

Von Karsten Prüßmann

Propaganda- und Durchhaltefilme waren zur Nazi-Zeit ein wichtiger Bestandteil der Massenbeeinflussung. Die gesamte Filmproduktion unterstand dem Reichspropagandaministerium. Das heißt, die Filme wurden so gedreht, wie es die Nazis wollten. Ausländische Filme gab es, bis auf wenige Ausnahmen, nicht mehr zu sehen. Die großen Propagandafilme, die den Lauf der Weltgeschichte so darstellten, wie das deutsche Volk es glauben sollte, mußten sich ganze Schulklassen immer wieder ansehen. Die Suggestivkraft dieser Filme war und ist verblüffend, ja oft sehr anrührend. Deshalb wurde die öffentliche Vorführung von Filmen wie „Hitlerjunge Quex“, „Jud Süß“ oder „Triumph des Willens“ nach dem Krieg in der Bundesrepublik verboten. Die Filme durften nur in geschlossenen Vorführungen mit einer fachkundigen Einführung gesichtet werden.

Natürlich können die Filme aus den Jahren 1934–1945 auch als dokumentarisches Material angesehen werden, und deshalb gelten sie offiziell als schützenswert. Nach Angaben des Hauptgeschäftsführers der Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung und des Geschäftsführers der SPIO (Spitzenorganisation der Filmwirtschaft), Peter Franz, wurde ein Filmstock von ca. 700 Filmen der Produktionsgesellschaft UFA 1945 von den Alliierten beschlagnahmt, später allerdings unter Bundesverwaltung gestellt und aufgrund eines „Entflechtungsgesetzes“ privatisiert. Die „UFA Neu“ erwarb

die Rechte und nach deren Pleite die Firma Bertelsmann, die sich allerdings nicht um die Auswertung bemühte, sondern die Filme für eine lächerliche Kaufsumme in die USA abstoßen wollte. Da die Bundesrepublik sich ein Vorkaufsrecht auf die Filmrechte des „kulturpolitisch wichtigen Teils des deutschen Filmschaffens“ vorbehalten hatte, verblieb der Bestand aber hier. Die Filme wurden 1965 von der SPIO erworben und für viel Geld von leicht brennbarem Nitro-Filmmaterial auf neues Filmmaterial umkopiert. Um diese immensen Kosten wieder zu erwirtschaften, wurde die bundeseigene Transit Film GmbH mit der Auswertung betraut. 1966 wurde extra zu diesem Zweck die Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung ins Leben gerufen. Der Namensgeber der Stiftung, Friedrich-Wilhelm Murnau (1889–1931), war ein genialer Regisseur. Von ihm stammt u. a. der grandiose Dracula-Film „Nosferatu – eine Symphonie des Grauens (1922)“. Murnau kam im kalifornischen Exil ums Leben. Der Ideologie der Nazis entsprach er in keinsten Weise. Trotzdem wurden jetzt, quasi unter seinem Namen, von der Friedrich-Wilhelm Murnau-Stiftung Filme aus der unrühmlichen Vergangenheit Deutschlands wieder auf den Markt gebracht und als „Klassiker des Deutschen Tonfilms“ angepriesen. Lediglich ca. 50 Filme kamen nicht in den Vertrieb und sind nur zur politischen oder filmwissenschaftlichen Bildungsarbeit über das Deutsche Institut für Filmkunde verfügbar. Die anderen Filme gel-

ten laut freiwilliger Filmselfbstkontrolle (FSK) als „nicht staatsgefährdende Unterhaltungsware“, die „das Filmschaffen einer bestimmten Epoche dokumentieren und als Teil der deutschen Filmkultur“ zu werten seien.

Warum Propagandafilme wie „Aufbruch in Damaskus“ (1939), „Die Reiter von Deutsch-Ostafrika“ (1934), „Bismarck“ (1940), „Junge Adler“ (1944), die einzig und allein der Verherrlichung des deutschen Heeres und des deutschen „Wesens“ dienen, offiziell mit Steuergeldern in Umlauf gebracht werden, ja im ersten Fall sogar gemäß § 6 und 7 des Jugendschutzgesetzes ohne Altersbeschränkung, also für Kleinkinder geeignet, bleibt schleierhaft. So wird in „Aufbruch in Damaskus“ zum Beispiel das deutsche Heereswesen im Kolonialkrieg in Syrien während des Ersten Weltkriegs verherrlicht, natürlich auch blinde Autoritätshörigkeit und Militarismus. Gestorben wird sauber und blutlos, aber voller Patriotismus für Deutschland, auch draußen in der Fremde. Sinnlose Gemetzel werden einfach als vaterländische Pflicht dargestellt, der Kolonialismus als Normalfall. In „Ein Mann will nach Deutschland“ (1934) von Paul Wegener heißt es unverhohlen: „Deutschland hat zu viele Menschen, Deutschland braucht Raum!“

Es geht in vielen dieser Filme um die Zeit des Ersten Weltkrieges, weil die Schmach der deutschen Niederlage mit Hilfe der „Dolchstoßlegende“ von den Nazis ausgemerzt werden sollte. Das Selbstwertgefühl der Deutschen galt es aufzumöbeln.

Daß nun in der Bundesrepublik (und natürlich auch durch den Videoversand im Ausland) wieder Filme für jeden verfügbar sind, die Kadavergehorsam und Deutschtum verherrlichen und idealisieren, mutet äußerst befremdend an. So wandte sich die Bundestagsabgeordnete Dorle Marx (SPD) am 29.9.94 in einer Anfrage an die Bundesregierung, warum mit staatlichen Mitteln „extrem nationalistische, militaristische, antidemokratische und antisemitische Propaganda“, die verboten war, jetzt wieder auf Video verfügbar gemacht wird, sogar für Kinder. Staatssekretär Dr. Kurt Schelter schob alle Verantwortung an die FSK ab, an deren Prüfungsentscheidungen immerhin Vertreter der Parteien und der Kirchen beteiligt sind. Zwar sind die offiziellen Freigabebestimmungen der FSK für viele Filmfans seit jeher rätselhafter als die Sphinx – aber sie sind bindend, wie Peter Franz ausdrücklich betont. Und um eine lukrativere Altersfreigabe zu bekommen, helfen Auswerter und Videoanbieter mitunter auch mit ein paar Schnitten nach ...

Der Autor ist Filmjournalist und Medienpädagoge

Deserteure und KDVer der NS-Zeit: bis heute weder rehabilitiert noch entschädigt

Von Günter Saathoff

Es ist eine erschreckende Bilanz, die die „furchtbaren Juristen“ hinterlassen haben: Nahezu 30 000 Todesurteile fällte die NS-Militärjustiz, etwa 20 000 davon wurden vollstreckt. Nimmt man die Urteile des Volksgerichtshofes und von Sondergerichten gegen Kriegsdienstverweigerer, Deserteure und 'Wehrkraftzersetzer' hinzu, wird die Zahl der Todesurteile gar auf 50 000 geschätzt.

Von Adolf Hitler stammt der Satz: „Der Soldat im Krieg kann sterben, der Deserteur muß sterben!“ Willig folgten Militär und Militärjustiz dieser Doktrin. Aber es gab auch andere Formen der Repression: unwillige Soldaten und psychisch von den Kriegsgreueln geschädigte Soldaten ('Kriegszitterer') wurden oftmals von der Militärpsychiatrie (zum Beispiel mit Elektroschocks) gefoltert oder landeten gar in Tötungsanstalten.

Man mag es kaum glauben, aber: Auch 50 Jahre nach Ende des Krieges sind diese Betroffenen immer noch nicht als Verfolgte des Nationalsozialismus anerkannt. Sie sind von den gesetzlichen Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz ausgeschlossen. Allenfalls gibt es für sie „außergesetzliche Härteleistungen“, zumeist einmalig „bis zu 5 000,- DM“. Mindestens ebenso wichtig ist den Überlebenden aber, daß der Bundestag sie endlich offiziell als NS-Verfolgte anerkennt und die gegen sie gerichteten Urteile für nichtig erklärt. Mit dieser Rehabilitation hätte man diesen Menschen nach Jahrzehnten die ihnen zustehende Würde zurückgegeben.

Einsicht beim Bundessozialgericht

Schon 1989 hatte eine Initiative der GRÜNEN im Bundestag für diese Opfer keinen Erfolg. Politischen Rückenwind bekam die Angelegenheit aber 1991 überraschend durch ein Urteil des Bundessozialgerichts (BSG), das in der Urteilsbegründung zu einem Einzelfall erstmals die Todesurteile der NS-Militärjustiz ab 1942 durchgängig als NS-Unrecht bewertete. Beim Versorgungsrecht sollten nach Auffassung des BSG nicht allein „ehrenwerte Widerstandskämpfer“ leistungsberechtigt sein, sondern selbst sogenannte Feiglinge oder auch unpolitische Menschen, die Opfer der NS-Militärjustiz geworden waren. Entscheidend sei, aus welchen Gründen das NS-Regime verfolgt hatte, nicht die Motivation der Verfolgten.

Rechtlich ist das BSG nur für die Versorgung zuständig. Von seiner Kompetenz her war es dem BSG deshalb weder möglich, die NS-Urteile selbst aufzuheben, noch einen relevanten Durchbruch bei der Entschädigung zu normieren: für beides ist höchstinstanzlich der Bundesgerichtshof (BGH) zuständig, der bisher für eine gegenteilige Rechtsprechung gesorgt hatte.

Mit dem genannten BSG-Urteil „in der Tasche“ erreichte es die im Jahre 1990 von überlebenden Opfern gegründete „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“ aber immerhin, daß nun auch die SPD 1993 erstmals einen eigenständigen Antrag in den Bundestag einbrachte, nach dem die Urteile gegen KDVer, Deserteure und Wehrkraftzersetzer aufgehoben werden sollten.

Dem SPD-Antrag folgte 1993 ein weiterer Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Ab Januar 1994 begann jedoch die parlamentarische Verzögerungsstrategie von

Exekution eines Deserteurs.

Zeichnung aus: Otto Herrmann, „Die Verdammten“, Szene aus Stalingrad Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Künstlers.

CDU/CSU und FDP in den Ausschüssen des Bundestages zu diesem Thema. Erst kurz vor der Sommerpause zogen die Regierungsparteien dann ihren eigenen Vorschlag aus der Tasche und drückten ihn gegen den Widerstand der Opposition durch. Es hieß dort u. a.:

1. „Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die Gerichte der Militärjustiz – durch den NS-Staat als Terrorinstrument der nationalsozialistischen Willkürherrschaft mißbraucht – Unrechtsurteile gefällt haben. Diesen Urteilen kommt deshalb nach Überzeugung des Deutschen Bundestages keine Rechtswirkung zu.“

Todesurteile bleiben als rechtsstaatliche Urteile bestehen

Der Nichtjurist ist geneigt, dies als die gewünschte Rehabilitation zu begrüßen. Weit gefehlt. Nicht nur, daß die Militärjustiz selbst reingewaschen wird (sie wurde nur „mißbraucht“). Die Entschließung bedeutet gerade nicht, daß die Urteile der Militärjustiz grundsätzlich NS-Unrechtsurteile waren. Sie bedeutet nur, daß die Militärjustiz auch einige Unrechtsurteile gefällt hat, denen dann – eine Selbstverständlichkeit – keine Rechtswirkung zukommt. Die Urteile der Militärjustiz wären mit dieser Formulierung also vom Bundestag gerade nicht aufgehoben worden. Am letzten Plenartag der 12. Wahlperiode des Bundestages, am 21.9.1994, kam es zu einer Kampfabstimmung. Teile der FDP wollten die Formulierungen von der CDU/CSU nicht mehr mittragen. Per „Hammelsprung“ entschied man, dann gar nichts Neues zu beschließen.

Fazit: Damit bleiben weiterhin die annähernd 50 000 Todesurteile der NS-Militärjustiz als rechtsstaatliche Urteile bestehen. Die Opfer und ihre Hinterbliebenen erhalten keine gesetzesförmige Entschädigung, sondern nur in strengen Ausnahmefällen Härteleistungen.

Damit haben sich nun wiederum die rechten Strömungen durchgesetzt, denen offenbar die Treue zum „deutschen Soldaten“ wichtiger ist als eine Würdigung all derer, die sich dem NS-Staat und dem Krieg widersetzt oder entzogen haben. Das Anliegen muß nun in der 13. Wahlperiode des Bundestages erneut zum Thema werden – solange es noch Überlebende gibt. ■

Der Autor ist wissenschaftlicher Beirat der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, und Koordinator für Innen- und Rechtspolitik Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Bundestag. Er ist Mitautor der Informationsschrift „Opfer der Militärjustiz“, die zu beziehen ist über den Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte, Krämergasse 1, 50676 Köln.



War da was?

50 Jahre danach: Trauer, Scham und Zorn eines ehemaligen deutschen Soldaten

Von Rolf Winter

Joachim Weide wäre jetzt 67 gewesen, aber er wurde nur 17. Er hatte alles, um ein gutes Leben zu haben. Er war gesund, kräftig, gescheit. Er war fröhlich, optimistisch, generös. Und er hatte Pläne. „Wenn der Krieg vorbei ist“, sagte er häufig, und dann erzählte er, was er mit seinem Leben anfangen würde, und da er erst 17 war, variierte er seine Lebenspläne ständig.

Er hat nicht einen von ihnen realisieren können, denn Joachim Weide, mein Freund und ganze 17 Jahre alt, ist im Frühjahr 1945 gleich neben mir auf einer Landstraße in Ostfriesland nicht gestorben, sondern verreckt. Plötzlich lag er da, Bauch zerfetzt, pulsierendes Gedärm, starrer Blick, Blut, Blut, Blut, und ich konnte noch den Tiefflieger hören, dessen Geschöß Weide traf.

Nein, inzwischen, nehme ich an, trauert niemand mehr um ihn. Trauert noch irgend jemand um die Millionen anderen Weides? Ich rede nicht von den amtlichen Trauerfeiern, die sich der Staat einmal im Jahr routiniert leistet, sondern ich rede von Trauer. Ich rede davon, daß der Hinschied eines un-verwechselbaren Menschen empfunden wird, vom bebenden Zorn über die Brutalität eines – jeden – Krieges rede ich, vom Entsetzen darüber, was der Mensch im Umgang mit dem Menschen vermag. Ich rede von einer Trauer, die sich der schönen Lebenszuversicht Weides erinnert, seiner Liebeshwertheit, seines Rechtes auf ein Leben. Nein, in diesem Sinn trauert niemand mehr um Joachim Weide. Sein Tod und der millionenfache der anderen Weides wird blasser und blasser – war da was?

Und dann: Zur Zeit finden 41 Kriege auf unserem Planeten statt. Wenn sie uns im Fernsehen vorgeführt werden, bringen wir – allenfalls – ein paar Sekunden der Betroffenheit auf. Da liegen tote Kinder? Wie traurig. Da liegt eine tote Frau? Wie bitter. Und dort hat es ein Haus mit Zivilisten erwischt? Wie gemein.

Lauter Weides, noch immer. An 41 Orten unserer Erde die Zerschlagung von Menschen. Der Krieg als Alltag. Täglich ein Leichenberg, ein Berg von gemordeten Plänen und Träumen und Hoffnungen und Liebe. Begraben vom Haß.

Manchmal denke ich, daß die Akzeptanz des Krieges als wirklich nur einer

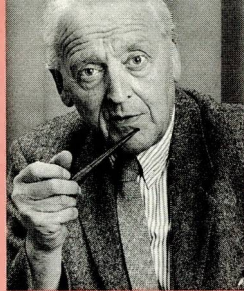
„Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ die Schuld der Generation ist, zu der ich gehöre – und Weide gehörte. Denn wir haben den Krieg in seiner schrecklichen Vollendung erlebt. Jeder, der im Zweiten Weltkrieg war, hatte sein Weide-Erlebnis und mindestens einen Weide getötet, der eine andere Uniform trug. Wir hatten alle Blut an den Händen, als wir heimkamen, aber wir haben es vorgezogen, sie zu reinigen und wieder normal zu sein. Wir haben nicht die Courage gehabt, zu verabscheuen, was wir taten. Wir haben nichts gelernt, und schlimmer noch, wir haben nichts gelehrt. Wir haben wortlos zugelassen, daß sie in Bonn schon wenige Jahre nach Kriegsende wieder Soldaten einschworen und mit Tötungsgeräten ausstatteten. Joachim Weide ist ganz umsonst gestorben. Sein schrecklich langer, quälender, blutumströmter Tod – ganz umsonst. Selbst Stalingrad mit den massenhaft elendiglich verreckenden Weides – ganz umsonst. Selbst Hiroshima und Nagasaki, wo japanische Weides zu Hunderttausenden verglühten oder zu

Krüppeln wurden – ganz umsonst. Es gab an der Chaussee in Ostfriesland, in Stalingrad und in Hiroshima und Nagasaki Millionen von Tatzeugen, die nachfolgende Generationen über das abgründige Grauen eines Krieges hätten belehren und mit der Autorität ihres Wissens befehlen müssen: Nie wieder! Aber die Tatzeugen drückten sich. Das ist ihre Schuld. Sie wiegt schwer. Indem sie die Aussage verweigerten, bereiteten sie die Bahn, auf der nun die nachgewachsenen Weides längst wieder in die Lehrlingswerkstätten des Tötens gehen, die man auch Kasernen nennt, und wenn ein Staat das will, werden sie wie ihre Großväter, wie Weide an der Landstraße, elendiglich verrecken, weil ihnen die Großväter nicht sagten, wie das mit dem Verrecken geht. Ich schäme mich für meine Generation, die alles wußte und nichts vermittelte. Ich schäme mich für eine Generation, die todproduktiver als irgendeine andere in der Menschheitsgeschichte war und zuließ, daß nicht getrauert wurde, sondern vergessen. Denn die Trauer, die ich meine, gestattet die Wiederholung dessen nicht, was man betrauert. Die Trauer, die ich meine, hat das furchtbare Bild eines weit aufgerissenen Bauches vor sich, in dem Gedärm matt und matter pulsiert – und gibt das Bild nicht her. Die Trauer, die ich meine, setzt sich in radikalen Pazifismus um, nicht nur in Verweigerung, sondern in Verachtung des Kriegsdienstes – und in Verachtung jener, die ihn längst wieder als vaterländische Pflicht ausgeben, als könnte es eine vaterländische Pflicht geben, irgendjemanden umzubringen oder sich umbringen zu lassen. Die Trauer, die ich meine, weint nicht, sie zürnt und hört damit nicht auf. Das bin ich Joachim Weide schuldig, denn er war mein Freund. Wenn seine Mutter ihm ein Paket in die Kaserne schickte, gab er mir großzügig vom Inhalt ab, „denn“, sagte er, „Freunde teilen immer“. Ein paar Wochen später war er 17 und tot und von seinem Blut umgeben.

Wie kann man das vergessen?

„Ganz umsonst“ – zwei deutsche Soldaten am 7. Mai 1945.

Foto: dpa



Rolf Winter, Jg. 1927, war u. a. Chefredakteur von „Geo“ und „Stern“. 1992 erschien im Verlag Rasch und Röhling sein Buch „Wer, zur Hölle, ist der Staat?“, das seinem Freund Weide und den deutschen Kriegsdienstverweigerern gewidmet ist.



Zivicus Simplex

Äußerliche Kennzeichen:

Verschlafen, träge; nur noch selten langer Zottelpelz, neuerdings auch kurzborstige Exemplare gesichtet.

Kurzbeschreibung:

Zeigt sich der Z. S. bei Tage eher lustlos und schwer motivierbar, entfaltet er bei Einbruch der Dunkelheit ungeahnte Aktivitäten, die man diesem schwerfälligen Geschöpf kaum zutraut hätte. Im allgemeinen ist das possierliche Wesen zutraulich, es soll aber auch aggressive Exemplare (zivicus diabolus) geben ...

Wird ein Z. S. starkem Streß ausgesetzt, fällt er oft panikartig und unkontrolliert in eine Art winterschlafähnlichen Erstarrungszustand, der sich erst nach Stunden löst. In einzelnen Fällen wurde allerdings auch das Phänomen der → Arbeits-exstase beobachtet.

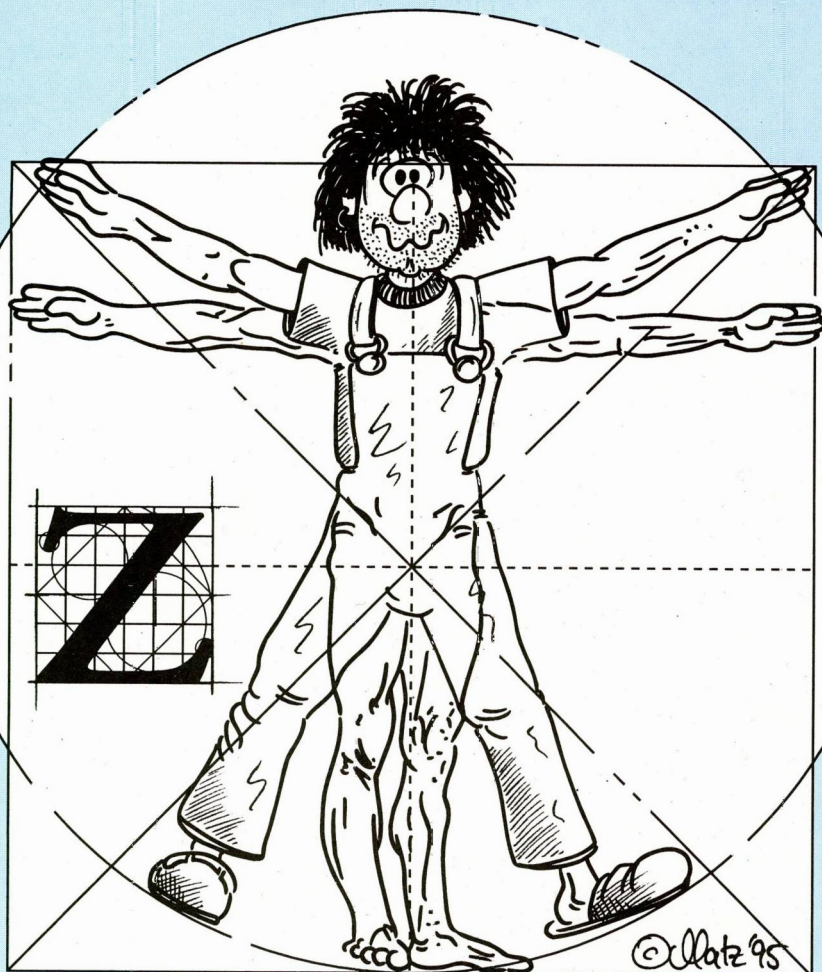
Lebensraum:

Z. S. lieben es, sich an dunklen und feuchtföhlichen Orten zu versammeln (→ gruppenspezifisches Verhalten), an denen sie ihre normalen Verhaltensweisen oftmals schlagartig ablegen (→ Partyanimal) und sich wilden → Exzessen widmen.

Paarung, Fortpflanzung:

Obwohl bisher kein weiblicher Z. S. bekannt ist (Artverwandte: FSJ), vermehrt sich die Spezies seit Jahren ständig und wird von einigen Offizieren der Bundeswehr bereits zunehmend als Bedrohung empfunden. Wie diese Fortpflanzung möglich ist, ist noch unerforscht. Führende Anthropologen und Okkultisten liefern sich einen langjährigen Streit darüber: vermuten die einen eher eine Art Klonen, setzen die anderen auf schwarze Messen und Teufelszeug.

Die durchschnittliche Lebenserwartung eines Z. S. liegt bei ungefähr 15 Monaten, danach mutiert der Z. S. schockartig zum Normalbürger.



(der gemeine Hauszivi), m,
auch: ZDL, Zivi, Deppfüralles

aus der Gattung der → Siebenschläfer,
→ Nachttier, → Partyanimal

Soziale Stellung:

Der Z. S. sieht sich oft althergebrachten Vorurteilen gegenüber (→ Drukkeberger, → Vaterlandsverräter, → Schlappschwanz ...)

Äußerlich nicht weiter unterscheidbar, existieren in den Abgründen der Psyche dieser Gattung trotzdem gravierende Abarten:

zivicus workaholicus; der arbeitswütige Zivi: in unseren Breiten kein Exemplar bekannt.

zivicus technicus; von seinen Vorgesetzten ständig unterschätzt bzw. diskriminiert, daher entzieht er sich nach kurzer Anlaufzeit sinnloser Diskussionen und stumft ab (→ Winterschlaf)

zivicus schleim-i-cus; der Traumzivi: von seinen Artgenossen weitgehend gemieden, von den Z. S.-Haltern dagegen hoch geschätzt. Meist buckelnd und taschetragend im Gefolge des Halters gesehen. Seltene Spezies, durch Rivalenkämpfe weitestgehend ausgerottet.

zivicus phlegmaticus; fällt durch noch extremere Unlust zur Arbeit in jeglicher Form auf, Strafandrohungen perlen an ihm ab wie ein Laserstrahl am BATmobil.

Marc Saxer

Picknick auf Gräbern

Der „Sentiero della Pace“ führt an der Frontlinie des Ersten Weltkrieges durch die Trentiner Alpen. Aus den früheren Militärwegen wurde ein „Friedenspfad“ für Wanderer

Von Reinhard Kuntzke

Vor fast genau zwei Jahren zerriß eine fürchterliche Detonation die Stille am Madratschferner. Zwei Militaria-Sammler aus Österreich waren auf eine unscheinbare Kiste gestoßen, die das Eis nach mehr als einem dreiviertel Jahrhundert wie-

der freigegeben hatte. Als die beiden versuchten, den Kasten mit ihren Eispickeln zu öffnen, flog alles in die Luft. In der Kiste war Sprengstoff aus dem Ersten Weltkrieg, der die lange Zeit unbeschadet überdauert hatte. Wenig später erreichten Carabinieri aus Prad am Stilsfer Joch mit einem Rettungshubschrauber die Unglücksstelle. Sie konnten aber nur noch die weit verstreut liegenden Leichenteile der beiden Österreicher einsammeln. Der Erste Weltkrieg war plötzlich wieder präsent, auf jenem Gletscher im Ortlermassiv, an dem die drei italienischen Provinzen Südtirol, Trentino und Sondrio aneinanderstoßen.

Ein paar Kilometer südlich dieser Stelle, am Tonale-Paß, beginnt der „Sentiero della Pace“. Der „Friedenspfad“ folgt der früheren Frontlinie des Krieges durch die Provinz Trentino vom Ortler-Cevedale-Massiv bis zur Marmolata. Claudio Fabbro ist einer der Initiatoren dieses Wanderweges. Mit Militaria-Sammlern hat Fabbro nichts gemein. Ganz im Gegenteil. Vehement betont er den pazifistischen Charakter des Projektes: „Museale oder kriegsverherrlichende Gedanken waren uns völlig fremd, als wir diesen Weg planten. Wir möchten, daß die Menschen, die den Weg nachgehen, zum Nachdenken über den Krieg kommen.“ Aber das war noch nicht einmal der Hauptgrund, diese Route anzulegen.

1986 mußten im Trentino viele Industriebetriebe schließen. Die Arbeitslosenzahlen stiegen rapide an. Zu jener Zeit entstand die Idee des Friedenspfades.

„Wir schlafen aneinandergeduckert in schlammigen Unterständen, von den Wänden rinnt Wasser, an unserem Brot nagen die Ratten, an unserem Schlaf der Krieg und die Heimat. Heute sind wir zehn Mann, morgen acht, zwei haben Granaten zerfressen. Wir begraben unsere Toten nicht. Wir setzen sie in kleine Nischen, die in die Grabenwand geschachtet sind. Wenn ich geduckt durch den Graben schleiche, weiß ich nicht, ob ich an einem Toten oder einem Lebenden vorübergehe. Hier haben Leichen und Lebende die gleichen graugelben Gesichter.“
Aus: Ernst Toller, Eine Jugend in Deutschland, 1935

Personen arbeiteten neben älteren Männern, die ihre Jobs verloren hatten, auch Jugendliche, die auf eine reguläre Beschäftigung warteten. Eigenverantwortlich richteten die Arbeiter die zerstörten Kriegswegen wieder her, restaurierten verfallene Schützengräben, stellten Wegweiser und Erläuterungstafeln auf und markierten den Wanderweg mit dem Symbol der Friedenstaube. Die Lohn- und Materialkosten wurden von der Trentiner Provinzregierung übernommen.

Nach der Fertigstellung des Gesamtweges sind heute noch drei Teams mit der Pflege und Instandhaltung beschäftigt. „Zwar gibt es in der Region, durch die der Friedenspfad fährt, immer wieder einige Militaria-Sammler, die auf der Suche nach Relikten aus dem Krieg sind und sich in Gefahr bringen. Aber auf dem Weg selbst ist nichts, was sich einzusammeln lohnt“, stellt Claudio Fabbro klar.

400 km entlang den alten Fronten

Der Sentiero della Pace ist mit allen Verästelungen rund 400 Kilometer lang. Für die Gesamtstrecke sind 28 bis 30 Wandertage einzuplanen. Übernachtungsmöglichkeiten gibt es entweder in Hotels und Gasthöfen der Dörfer und Orte, die der Weg berührt, oder in Berghütten und Bivvaks am Ende der Tagesetappen. Der Friedenspfad ist ein relativ einfacher, wenn auch anstrengender Fernwanderweg, der keine klettertechnischen Erfahrungen voraussetzt.

„Für uns ist der „Sentiero della Pace“ in erster Linie ein soziales Projekt, das Arbeitsplätze schafft“, führt Fabbro aus. Mit dem Bau des Weges waren in den Anfangsjahren bis zu 185 Menschen beschäftigt. In kleinen Teams zu fünf



Der Friedenspfad verläuft entlang der Fronten des 1. Weltkrieges. Hier sehen die italienischen Alpini ein Geschütz in Stellung. Foto: dpa

Durch den Friedenspfad werden alle Abschnitte der Front im Trentino miteinander verknüpft. Jedes ehemalige Kampfgebiet wird mit einbezogen. So zum Beispiel der Pasubio, der als Ort der furchtbarsten Stollen- und Minenkämpfe in die Geschichte des Ersten Weltkrieges eingegangen ist. Im Frühjahr 1915 erklärte das bislang neutrale Italien der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie und dem Deutschen Reich den Krieg. Die italienischen „Alpini“, speziell für den Hochgebirgskrieg ausgebildete Soldaten, griffen von Süden her das österreichische Territorium an, das damals noch große Teile Norditaliens umfaßte. Nach anfänglichen Erfolgen erstarrte die Front rasch zu einem Stellungskrieg im Eis und Fels der Berge. Das zerklüftete Massiv des Pasubio wurde so zu einem Teil der über 300



Krieges in den Alpen. Auf unserem Foto bringen italieni-

Kilometer langen „Alpenfront“, nach ihrem zentralen Gebirgsstock auch „Dolomitenfront“ genannt.

„Straße der Helden“

Am Pian delle Fugazze, dem letzten Trentiner Paß vor den Ebenen des Veneto, beginnt die „Strada degli Eroi“ hinauf zum Pasubio. Mit einer Autostraße hat diese „Straße der Helden“ allerdings nicht viel zu tun. In endlosen Serpentinenschraubt sich die drei Meter breite Schotterpiste, auf der die italienischen Nachschubkolonnen zur nahen Front zogen, am Südhang des Berges in die Höhe. In regelmäßigen Abständen sind an die Felswände große Marmortafeln geschlagen. Jede Tafel trägt den Namen eines Mannes und darüber ein Ausrufungszeichen. Alle diese Männer

wurden im Ersten Weltkrieg getötet und zu Helden erklärt.

An der Porte del Pasubio, auf fast zweitausend Metern Höhe, steht das „Rifugio Generale Achille Papa“. Im Schutzhaus des italienischen Alpenvereins wird der Cappuccino in braunen Plastiktassen ausgeschenkt. Nach der Anstrengung des Anstiegs schmeckt er trotzdem. An der Berghütte, in deren Schlafräumen durchgelegene Betten auf müde Wanderer warten, ist die „Strada degli Eroi“ zu Ende. Der Friedenspfad führt weiter über die Hochfläche des Pasubio. Das italienische Verteidigungsministerium hat das Gebiet zur „Zona Monumentale“ erklärt. Monumental ist der „Arco Romano“ in der Tat. Seltsam fremd erhebt sich der römische Triumphbogen in der bizarren Karstlandschaft. Monumental ist auch die Zahl der Gebeine, die in diesem Ossarium bestattet sind. Auf einem schmiedeeisernen Schild stehen die Worte: „Di qui non si passa“, was frei übersetzt soviel wie „hier kommt keiner durch“ heißt. Die Schrift meint jedoch nicht die Wanderer auf dem Friedenspfad, sondern die österreichischen „Kaiserjäger“, die einst am Pasubio kämpften.

Zweieinhalb Jahre lang wurde gekämpft, Sommer wie Winter, Tag und Nacht

Das Bergmassiv war für die „Alpenfront“ bedeutungsvoll. Da im Etschtal südlich von Rovereto starke italienische Truppenverbände konzentriert waren, hofften die österreichischen Militärs, diese Stellungen über die Höhen umgehen zu können. Diese Taktik erkannten allerdings auch die italienischen Generäle und ließen den Berg hartnäckig verteidigen. Im Abstand von nur wenigen Metern lagen sich die italienischen und österreichischen Soldaten in den Schützengräben am Pasubio gegenüber. Tag und Nacht, Sommer wie Winter wurde zweieinhalb Jahre lang gekämpft. Mit Artillerie, in Sturmangriffen und im mörderischen Nahkampf mit Bajonetten, Messern und Spaten. Keine Seite kam zu nennenswerten Geländegewinnen. Stattdessen kamen Zehntausende am Pasubio um.

Die meisten starben aber nicht in den Kämpfen, sondern fielen den Hochgebirgswintern zum Opfer. Eisige Orkane und Schneestürme mit Temperaturen bis zu 40 Grad unter Null fegten über die Hochfläche und rissen die notdürftigen Unterstände aus Brettern und Zeltplanen aus den Verankerungen. Gewaltige Lawinen begruben und erstickten die Männer. Ganze Kolonnen verirrt sich im Eissturm, starben und wurden erst im Frühjahr nach der Schneeschmelze gefunden. Historiker schätzen, daß an der Front in

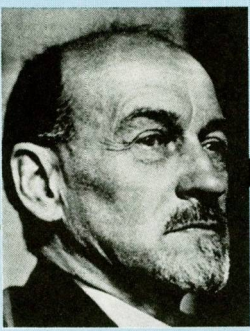
den Alpen über 60 000 Soldaten allein durch Lawinen umkamen. Da weder die Österreicher noch die Italiener oberirdisch weiterkamen, begann man, den Pasubio mit Stollen auszuhöhlen. Lange Gänge wurden jeweils unter die gegnerischen Stellungen getrieben, mit Sprengstoff gefüllt und dann gezündet. Die Kette der wechselseitigen Sprengungen riß nicht ab. Woche für Woche, Monat für Monat zerfetzten die unterirdischen Explosionen die Kavernen und Unterkünfte auf beiden Seiten. Bei einer Detonation zündeten die Österreicher eine riesige Menge von fünfzig Tonnen Sprengstoff; auf einen Schlag starben sechshundert Alpini. Die Soldaten konnten ihr Schicksal erahnen, denn die Bohrergeräusche des Stollenbaus waren gut zu hören. Sie durften dennoch ihre Stellungen nicht verlassen und mußten im Wissen um den sicheren Tod in ihren Gräben ausharren.

Opferstock aus Stahlhelmen

Der „Sentiero della Pace“ führt an der Kapelle „Santa Maria di Sette Groci“ vorbei. Jeden Sonntag im Sommer wird hier für die Alpini-Soldaten ein Gedenkgottesdienst abgehalten. Unter der hageren Gestalt des Christus am Kreuz sind die verständlichen Worte „senza odio, ma in pace eterna“ („ohne Haß, sondern in ewigem Frieden“) zu lesen. Der Ort strahlt dennoch die Atmosphäre einer Kultstätte für einen sinnlosen, aber als heroisch verklärten Kampf aus. Statt eines Tuches mit einem christlichen Motiv bedeckt die italienische Fahne den Altar, und der Opferstock ist aus zwei Stahlhelmen geschweißt.

In eine felsige Mulde, nicht weit von der Kirche entfernt, ducken sich die Überreste der italienischen Kommandostelle. Der halbkreisförmige Schützengraben und die in den Fels gehauene Kaverne bildeten die vorderste Linie der Alpini am Corno del Pasubio. 76 Jahre nach den erbitterten Kämpfen rastet hier eine italienische Wandergruppe. Völlig unheroisch. Bunte Decken haben die Wanderer ausgebreitet. Panini mit Salami, Käse und Speck gehen von Hand zu Hand, und die Wasserflasche kreist. Mit vollem Mund diskutieren und lachen sie. Nicht über den Krieg. Vor dem langen Abstieg hinab zum Borcola-Paß genießen die Wanderer beim Picknick die vormittägliche warme Sonne und den phantastischen Blick über die Berge. ■

Informationen: Über die Azienda Promozione Turistica del Trentino, Via Sighele 3, I – 38100 Trento, Tel. 0039/461/915615, ist die Broschüre „Sentiero della Pace – Friedenspfad“ kostenlos zu beziehen. Sie enthält Wegeskizzen und kurze Hinweise auf deutsch und italienisch.



Portrait

Hellmut von Gerlach (1866–1935) – Kämpfer gegen Krieg, Lüge und Gewalt

Von Helmut Donat

Februar 1920: Hellmut von Gerlach spricht bei einer Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft in der Aula eines Berliner Gymnasiums. Der Saal ist überfüllt, viele Leute stehen. Die Lage ist unübersichtlich. Plötzlich stürzen sich Soldaten auf den Redner, reißen ihn mit den Worten „Heute wird abgerechnet! Heute ist Schluß!“ zu Boden, trampeln auf ihm herum. Gerlach fühlt seine Sinne schwinden und hat nur noch den einen Gedanken: „So muß es Rosa Luxemburg ergangen sein!“. Eine Frau schreit: „Mörder! Ihr bringt ja den Mann um!“ Von dem weiblichen Mut überrascht, lassen die Täter – es handelt sich um Angehörige der Brigade Ehrhardt – für einen Moment von ihrem Opfer ab. Umstehende Frauen greifen beherzt ein, schleppen Gerlach hinter die Kulissen und retten ihn. Er muß für längere Zeit ins Krankenhaus. Aber er hatte Glück im Unglück. In der aufgeheizten Atmosphäre kurz vor und nach dem Kapp-Putsch war der „Fememord“ an mißliebigen Meinungsträgern keine Seltenheit. Einzuschüchtern war Gerlach dennoch nicht. Schon bald nahm er seine Vortragstätigkeit wieder auf.

Hellmut von Gerlach, als Sohn eines preußischen Rittergutsbesitzers am 2. Februar 1866 in Mönchmotelwitz/Schlesien geboren, schlug zunächst eine juristische Laufbahn ein. Obwohl ihm ein Posten als hoher Regierungsbeamter winkte, brach er mit dem Beamtenstatus und zog die Unsicherheit des journalistischen Berufs vor. Politisch wandelte sich Gerlach vom Antisemiten und erkonservativen Junker zum Weltenbürger, der sich schon zu Kaisers Zeiten für republikanische Ideen einsetzte.

Hellmut von Gerlach ist einer der wohl bedeutendsten linksliberalen Journalisten und Politiker, die die jüngere deutsche Geschichte kennt. Er war ein radikaler Denker, ein Kämpfer gegen Krieg und Gewalt, gegen Korruption und Bürokratie. Ganz im humanistischen Sinne des 19. Jahrhunderts hatte er sich dem Geist der Toleranz und Völkerverständigung verschrieben.

Er war einer der wenigen Journalisten, die im August 1914 klaren Kopf behielten und nicht der nationalistischen Phrase erlagen. „Jeder Schuß, ein Russ!“/„Hängt

die Schnapsjuden auf!“/„Franzosen, Russen, Serbien, alle müssen sterben!“ Deutscher Wahnsinn und der Irrweg in die Barbarei begannen nicht erst 1933. Kriegsbegeisterte Soldaten schmierten derlei Sprüche mit Kreide an ihre Transportwagen. Entsetzt notierte Gerlach die Inschriften Anfang August 1914 auf der Bahnfahrt nach Berlin.

Er zeichnete seine Erlebnisse und Erfahrungen auf und veröffentlichte sie 1926 unter dem Titel „Die große Zeit der Lüge“, um die Deutschen von ihrem mentalen Störfall zu kurieren. Das jüngst wieder erschienene Buch macht das weitgespannte Lügennetz durchschaubar, von dem große Teile des Volkes, Regierende wie Regierte, erfaßt waren.

Verantwortlich für die Verdummungsmechanismen waren die Militärs. Sie verlangten von der Presse, Kriegspartei zu sein, sie bestimmten, worüber das Volk informiert werden durfte und was ihm vorzuenthalten war. Wer sich in diese Front nicht einreichte, wurde zum Feind erklärt und hatte mit Verboten, Vorladungen, Pressionen zu rechnen.

Gerlach hat sich dem Diktat der Militärs nicht gebeugt. Da man gegen die Militärs nichts sagen durfte, sagte er über sie überhaupt nichts. Da der Zensur nur unterstand, was in den Zeilen stand, erzog er die Leser dazu, zwischen den Zeilen zu lesen. Und da die Dinge nicht direkt gesagt werden durften, kam es darauf an zu lernen, sie indirekt zu sagen. Auf diese Weise gelang es ihm, insbesondere den Annexionsforderungen mit historisch verkleideten Argumenten entgegenzutreten. Daß die Propaganda dennoch ihre Wirkung tat und die Militärs einen Berg von Illusionen aufhäufte, vermochte Gerlach als vereinzelte Stimme jedoch nicht zu verhindern. Von Rudolf Breitscheid 1919 zum Unterstaatssekretär im preußischen Innenministerium berufen, oblag ihm die Leitung des Polen-Dezernats. Wegen seines Bemühens um deutsch-polnische Aussöhnung war er häufig Schmähungen, Drohungen und Tätlichkeiten ausgesetzt. Da er dem wachsenden Polen-Haß entgegentrat, erklärte man ihn zum „politischen Schädling“, der „wegen landesverräterischer Umtriebe vor den Staatsgerichtshof“ zu stellen sei. 1922 verließ er die „Deutsche Demokratische Partei“, deren Gründung er Ende 1918 unterstützt hatte. In der Deutschen Friedensgesellschaft, der Liga für Menschenrechte und in der

Friedensbewegung, der er sich während des Weltkrieges angeschlossen hatte, nahm Gerlach führende Positionen ein. Seit 1919 gehörte er dem Rat des Internationalen Friedensbureaus an. Für die pazifistisch orientierte Carnegie-Stiftung war er 1922–1930 als Deutschland-Korrespondent tätig.

Er prangerte die illegale Aufrüstung an, bekämpfte den Revanchegeist, stritt für eine von Hakenkreuz und Stahlhelm befreite und sozial gerechte Republik und forderte ihre entschlossene Verteidigung gegen Chauvinismus und Militarismus. Bereits im Jahre 1920 warnte er ahnungsvoll: „Es gibt keine größeren Schädlinge des deutschen Volkes als die Hakenkreuzhelden.“ Und er verwies auf die verhängnisvolle Rolle der Justiz, die bei der Aushöhlung der Weimarer Republik unabsehbaren Schaden anrichtete. Wegen seiner Haltung zur illegalen „Schwarzen Reichswehr“ wurde Gerlach 1924 strafrechtlich verfolgt. Zunächst bejahte er das Recht auf Verteidigung im Falle eines Angriffskrieges sowie die Möglichkeit einer Republikanisierung der Reichswehr, verwarf diese Einschätzung gegen Ende der Republik aber als Irrtum. 1930 unterstützte er die Gründung der „Radikaldemokratischen Partei“. Für den wegen „Landesverrats“ inhaftierten Ossietzky übernahm er im Mai 1932 die Leitung der „Weltbühne“. Da er sich für deutsche Abrüstung aussprach, verurteilte ihn der „Stahlhelm“ zum Tode: „Wir fordern die Todesstrafe für Landesverräter und Verächter deutschen Volkstums wie Hello von Gerlach.“ Drei Tage nach dieser Aufforderung zur „Lex Gerlach“ entzog ihm die Polizei den Paß. Freunde verhalfen Gerlach Anfang März 1933 zur Flucht ins Pariser Exil, wo er vor der vom NS-Regime ausgehenden Bedrohung des Friedens warnte. Er beteiligte sich an den Vorbereitungen zur Bildung einer deutschen Volksfront. Die Nazis erkannten ihm das deutsche Bürgerrecht ab. Am 1. August 1935, inmitten der Kampagne für die Verleihung des Friedensnobelpreises an Carl von Ossietzky, an der er sich große Verdienste erwarb, starb Hellmut von Gerlach in Paris. Das Ausland verstand ihn besser als die eigenen Landsleute. Der französische Politiker Louis Barthou sagte von ihm: „C'est le plus honnête de tous les Allemands.“ („Das ist der aufrichtigste von all den Deutschen“). ■

Literatur: Hellmut von Gerlach, „Die große Zeit der Lüge. Der Erste Weltkrieg und die deutsche Mentalität (1870–1921)“, Hrsg. von Helmut Donat und Adolf Wild. Bremen 1994, 197 S., Donat Verlag.

**Betr.: Billige Arbeitskräfte**

Sehr geehrte wub-Redaktion,
ich bin seit fast drei Monaten Zivi in einer Behindertenwerkstätte und muß täglich erkennen, daß wir vor allem als billige Arbeitskräfte eingesetzt werden. So müssen wir z. B. nach kurzer Einweisung die Arbeit von Angestellten übernehmen, wenn diese krank sind und somit deren Arbeit tun, für die diese aber viel mehr Geld bekommen. Prinzipiell sind wir in den Arbeitsablauf des Betriebes als Arbeiter einbezogen und haben somit weniger eine soziale oder „zivile“ Arbeit, sondern nur einen Job in einem Betrieb mit sozialer Zielrichtung.

Das mag in meinem Fall vielleicht eine Ausnahme sein, weil ich in einer gemeinnützigen GmbH Zivi bin, die sowieso auf Gewinn aus ist, aber ich denke, daß Zivis in anderen Bereichen, wie z. B. in Pflege- und Betreuungsjobs, ähnliche Erfahrungen machen. Ich frage mich, ob es nicht eine Interessengemeinschaft der Zivildienstleistenden gibt, die die Anliegen aller vertritt gegenüber den Dienststellen und dem Bundesamt, wo Themen wie der Einsatz und auch die Bezahlung angesprochen werden? Denn wenn die Zivis gemeinsam fordern und handeln, können wir auch bessere Behandlung und bessere Bezahlung fordern.

Sicher ein heißes Thema unter den Zivis.

ZDL Harald Klinke, Ettlingen

Betr.: wub 4/94, „KDV bei den Römern“

Sehr geehrte wub-Redaktion!

Seit einigen Jahren bin ich begeisterter Leser Ihrer Zeitschrift. Sie liefern mit „wub“ einen Beitrag ehrlicher journalistischer Wertarbeit ab, wie sie in der modernen Medienlandschaft kaum noch zu finden ist.

„wub“ publiziert keine Oberflächlichkeiten, keine Binsenweisheiten oder scheinkritische Artikel. „wub“ ist kritisch, ohne hysterisch zu werden. Wo gibt es so etwas heute noch?!

Das in Heft 4/94 aufgegriffene Thema „KDV bei den Römern“ zeigt deutlich, wie viele Varianten das Thema KDV haben kann, und wie eine Zeitschrift auch entferntere Themen interessant präsentieren kann. Mag auch Geschichte nicht jedermanns Sache sein: dieses Thema aufzugreifen war super und für mich besonders interessant und lehrreich, da ich Latein auf Lehramt studiere! Bedenkt man, daß in allen Lateinlehrbüchern (die ja auch schon in Klasse 5 benutzt werden!) die Kämpfe der Römer und die Schlachtszenarien in derart ausgiebiger und oft heroischer Weise dargestellt werden, daß sogar Schüler gegenüber ihren Lehrern gegen diese Bücher protestieren, weil es ihnen „zum Hals raushängt“, dann frage ich mich, warum es immer noch kein Lehrbuch gibt, das auf solche Schilderungen verzichtet. Ich fürchte, ich werde später ein solches Lehrbuch selbst schreiben müssen!

Christian Rupprecht, Düsseldorf

Betr.: wub 4/94 „KDV rückwärts“

Daß es soetwas auch gibt, war mein erster Gedanke beim Lesen des Artikels! Da hat sich jemand getraut, vom Zivildienst zur Bundeswehr zu wechseln. Ein Schritt, der eigentlich unmöglich scheint und (vielleicht) für zukünftige KDV nur problematisch und schädlich ist. Warum?

Nun, im Vergleich zu früher ist die Sache mit der Kriegsdienstverweigerung sehr viel leichter geworden: Ein schriftlicher Antrag mit Begründung und eine sehr hohe Anerkennungsquote erleichtern einem den Weg zum anerkannten KDV. Auch der Zivildienst hat mehr Ansehen erhalten. Was noch fehlt ist die zeitliche Angleichung zur Bundeswehr. Dies wurde bisher aber noch nicht beschlossen. Grund: Einen Gewissensentschluß kann man nicht nachweisen. Wer also aus Gewissensgründen den Kriegsdienst verweigert, der macht auch 3 Monate länger Dienst. Und da liegt das Problem!

Die Argumente aus dem Bericht für den Wechsel halte ich für völlig unangebracht. Schließlich stellt sich einem die Frage, ob BW oder Zivildienst nicht über Nacht. Ich finde, man hat genügend Zeit, sich vorher schon über beide Tätigkeiten zu informieren, um dann seine Entscheidung zu treffen. Entweder man tut danach gar nichts und geht zur BW oder man beantragt die Anerkennung zum KDV und sucht sich eine Zivildienststelle. Religiöse – und/oder ethisch-moralische Gewissensgründe sind heute die Inhalte vieler KDV-Begründungen. Dabei entscheidet das BAZ meist für die Anerkennung. Allerdings ist für mich jeder unglaubwürdig, der nach einiger Zeit im Zivildienst alles widerruft, und aus Arbeitsunzufriedenheit den Dienst abbricht, um bei der BW einen Neubeginn zu starten. Das wirft nur wieder die These auf, daß „die meisten KDV-Begründungen gelogen sind“ und rückt den Zivildienst wieder in ein schlechtes Licht! Daß sich der Weg von der Begründung bis zur Anerkennung wieder verschärft, kann durch solche Aktionen begünstigt werden. Zuerst verweigert man mit Hilfe von vielen Argumenten den Dienst mit der Waffe, und als man sich mit dem zivilen Dienst nicht identifizieren kann, ist man plötzlich noch bereit, das Töten zu lernen. Welch ein Wandel und eine Umkehr!

Wie seriös und glaubwürdig darf man denn solche Personen noch einschätzen? Ich würde mich als Zivi eher versetzen lassen, wenn es mir in meinem Dienst nicht zusagt, als zur BW zu gehen. Die Versetzung ist heute, so haben mir einige Beispiele gezeigt, auch kein großes Problem mehr und braucht auch nicht mehr viel Zeit.

Für mich war mit der Anerkennung das Thema Bundeswehr erledigt. Was natürlich nicht heißen soll, daß man nicht mehr darüber spricht. Gerade in der Zeit, wo der Zivildienst wesentlich liberaler gestaltet wird und immer mehr anerkannt ist, sind solche Aktionen nur unnötige Belastungen für solche Leute, die sich mit dem Zivildienst sozial engagieren wollen. Bald habe ich Diensthalbezeit, und ich merke jeden Tag, wie wichtig es doch gewesen ist, daß ich nicht zur BW gegangen bin, sondern den Zivildienst angetreten habe.

ZDL Tobias Lehr, Würzburg

Betr.: Ein Jahr danach: Zivi-Revival in Paris!

Der Zivildienst in einer christlichen Therapieeinrichtung für psychisch kranke Menschen hat uns so zusammengeschweißt, daß das Zivi-feeling bestehen bleibt: Schwarzwald im Februar, Paris im Mai und ein Weinproben-Wochenende im herbstlichen Baden waren Stationen unserer „Tournée 94“ – immerhin ein Jahr nach Zivi-Ende. Der Kontakt zur Zivi-Stelle (Geistliches Rüstzentrum Krelingen, Niedersachsen), zu „unseren“ Rehabilitanden und vor allem untereinander hält an. Die intensive ZDL-Arbeit in einer Wohngemeinschaft mit psychisch kranken „Rehas“ hat ihre Spuren auch bei der Berufswahl hinterlassen: Thomas sattelte zum Ergotherapeuten um, Wolfgang begann neben dem Theologie- noch ein Psychologie-Studium und Gerrit peilt nach zwei langweiligen Jura-Semestern das Berufsziel Psychiater an. (Merke: Es gibt ein Leben nach dem Zivildienst!) Wir grüßen mit dem Foto vom Eiffelturm alle aktiven Zivil- und Zivildienstleistenden und wünschen Euch ähnlich gute Erfahrungen mit Arbeit und Kollegen wie wir sie hatten. Übrigens (nur um Euren Neid zu wecken...): Paris 95 ist bereits geplant!

Gerrit, Christian, Thomas, Wolfgang

Betr.: „primitiver Sozialneid“

Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit möchte ich Ihnen mitteilen, daß ich an weiteren Ausgaben der Zeitschrift „wub – was uns betrifft“ nicht interessiert bin. Ich bitte Sie, meiner Dienststelle keine weiteren Exemplare mehr für mich zukommen zu lassen. Die einseitige, auf niedrigem Niveau befindliche Berichterstattung, die von primitivem Sozialneid (siehe Seiten 19, 20 die Fotos von teuren Autos) nur so strotzt, lehne ich ab. Für manche „Anarchos“ mag das ja ganz nett sein, ich jedoch gönne diesen Leuten ihren meist verdienten Wohlstand und finde die Bilder unpassend. Ihren weiteren „weltverbessernden“ Ideen und Visionen viel Erfolg.
Hochachtungsvoll, ZDL Peter Ruess, Forchheim

„... halb Bürgerschreck und halb erschrockener Bürger“

Klaus Kordon: *Die Zeit ist kaputt*
Die Lebensgeschichte des Erich Kästner
Beltz Verlag Weinheim und Basel 1994, 224 S.



Besprochen von Elisabeth Schneider

„Parole Emil!“ – mit diesem Paßwort verständigt sich eine Berliner Kinderbande, die sich zur – erfolgreichen – Verbrecherjagd im Berlin der 20er Jahre zusammengeschlossen hat. Wer von uns hat als Kind nicht davon geträumt, Emil oder eines der Bandenmitglieder zu sein und einen Verbrecher seiner gerechten Strafe zuzuführen ... „Emil und die Detektive“ hat alle Qualitäten eines guten Kinderbuchs: Spannung, Abenteuer, ein Happy-End, darüber hinaus Befriedigung der kindlichen Allmachtsphantasien und damit wohlthuende Entlastungsfunktion für die nicht immer rosige kindliche Realität. Als Kinderbuchautor ist Erich Kästner in die Literatur eingegangen, und es wäre überflüssig, hier alle Titel aufzuzählen, von „Pünktchen und Anton“ bis zum – gerade mal wieder neu verfilmten – „Doppelten Lottchen“.

Daß Kästner auch – und vor allem – Satiriker, Lyriker und Moralist war, dessen Schriften (außer dem oben zitierten „Emil“) bei der berühmten Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 ins Feuer geworfen wurden, ist leider weniger bekannt. Vielleicht ist das der Grund, weshalb der renommierte Beltz-Verlag in seiner Reihe „Biographien“ nun eine Lebensgeschichte E. Kästners herausgebracht hat.

Aufgeschrieben hat sie Klaus Kordon, der es selbst als Jugendbuchautor zu hohem Ansehen gebracht hat, zuletzt mit seiner Romantrilogie über die Geschichte einer Berliner Arbeiterfamilie von der Weimarer Republik bis 1945 („Die roten Matrosen“, „Mit dem Rücken zur Wand“,

„Der erste Frühling“) – nicht nur für junge Leser eine dringend zu empfehlende Lektüre. In behutsamer Weise und mit spürbarer Sympathie für den berühmten Kollegen zeichnet Klaus Kordon die Lebensstationen Kästners mit all ihren Widersprüchen und Facetten nach: vom „Asphaltliteraten“ der 20er Jahre über den „Lebemann“ der Berliner Café-Szene bis zum „Mustersohn“, der täglich an die Mutter schreibt und ihr zeitlebens so verbunden bleibt, daß ihm eine Bindung an eine andere Frau kaum gelingt. Im Gegensatz zu Kästner (in seinen Kindheitserinnerungen „Als ich ein kleiner Junge war“) verschweigt Kordon nicht Kästners wahre Herkunft (er entstammt einer außerehelichen Beziehung seiner Mutter mit einem jüdischen Arzt) und Kästners langanhaltende Ablehnung seines gesetzlichen Vaters Emil. Darüber hinaus beleuchtet



Erich Kästner an seinem 70. Geburtstag, 1969.
Foto: dpa

Kordon Kästners problematische Rolle als Vater eines 1957 geborenen unehelichen Sohnes, den er zwar offiziell nicht anerkennt, aber zeitlebens und über seinen Tod hinaus finanziell unterstützt hat. Kordon enthält sich dabei jeder Wertung und überläßt es dem Leser, sich ein Bild von dem „Moralisten“ Kästner (als den Kästner sich selbst häufig bezeichnet hat) zu machen.

Zum ersten Mal wird in Kordons Buch Kästners Rolle während der Hitlerzeit ausführlich dargestellt. Getreu seinem Motto: „Ja, die Bösen und Beschränkten/sind die Meisten und die Stärkern./Aber spiel nicht den Gekränkten./Bleib am Leben, sie zu ärgern.“ bleibt Kästner – im Gegensatz zu den meisten Künstlerkollegen – von 1933 bis 1945 in Deutschland, auch nach zwei Gestapo-Verhören, auch nach dem Publikationsverbot seiner Schriften, auch nach dem Tod naher Freunde, so des Illustrators seiner drei ersten Gedichtbände, Erich Ohser, der durch die mit e. o. plauen signierten Vater und Sohn Bildergeschichten bekannt wurde. Es fällt nicht leicht, den Verzicht auf eine Emigration ins benachbarte Ausland zu verstehen (als Grund wird die Bindung an die Mutter vermutet). Noch schwerer nachvollziehbar erscheint es, daß Kästner in einer Zeit, in der seine Gedichte im Warschauer Ghetto kursierten, als Drehbuchautor (unter dem Pseudonym Bertold Bürger) an Filmproduktionen des Reichspropagandaministeriums mitwirkte: Die Filme „Münchhausen“ (mit Hans Albers) und „Drei Männer im Schnee“ flimmern heute noch/wieder

über den Bildschirm. Am Schluß seines Buches beschreibt Klaus Kordon, wie Kästner, der durch die Nazis um zwölf Jahre seines schöpferischen Tuns und seiner künstlerischen Reife betrogen wurde, von dem – selbstverpaßten – Etikett des „Kinderbuchautors“ eingeholt wird. Er kann sich kaum noch als Moralist und Zeitkritiker Gehör verschaffen, trotz seines öffentlichen Auftretens, zuerst als Beobachter im Nürnberger Prozeß, dann als vehementer Gegner der Wiederbewaffnung Deutschlands, als Teilnehmer und engagierter Redner bei Anti-Atomkundgebungen und Ostermärschen, und nicht zuletzt als PEN-Präsident. Dafür erreichen seine Kinderbücher Millionenauflagen, und als Bestsellerautor ist Kästner ein gefragter Mann. Zu Beginn der 70er Jahre zieht er sich dann gänzlich zurück – seine zweite innere Emigration. Am Ende seines Lebens bleibt es ihm auf tragische Weise versagt, seinem eigenen ethisch-moralischen Anspruch zu genügen, wie er ihn – als eine Art Lebensprogramm – im Vorwort zur Neuauflage seines zeitkritischen Romans „Fabian“ 1950 sehr treffend formuliert hat: *„Der Moralist pflegt seiner Epoche keinen Spiegel, sondern einen Zerrspiegel vorzuhalten. Die Karikatur, ein legitimes Kunstmittel, ist das Äußerste, was er vermag. Wenn auch das nicht hilft, dann hilft überhaupt nichts mehr. Daß überhaupt nichts hilft, ist – damals wie heute – keine Seltenheit. Eine Seltenheit wäre es allerdings, wenn das den Moralisten entmutigte. Sein angestammter Platz ist und bleibt der verlorene Posten. Ihn füllt er, so gut er kann, aus. Sein Wahlspruch hieß immer und heißt auch jetzt: Dennoch!“* ■

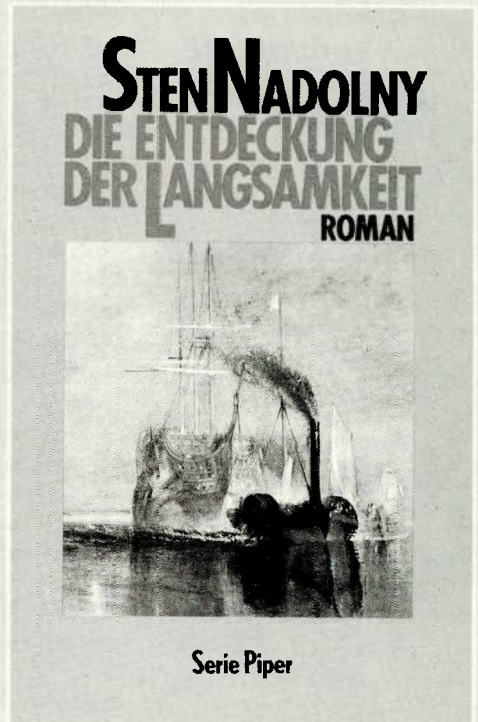


Alle Fotos aus o. g. Band

„Ich lese gerade ...“: diese Rubrik stellen wir allen wub-LeserInnen zur Verfügung. Wer will, kann uns seine Buchentdeckung in einer kurzen Besprechung zusenden (max. 1 600 Zeichen). Über den Abdruck entscheidet die Redaktion. Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 3.4.1995.

Ich lese gerade ...

**Sten Nadolny:
Die Entdeckung der
Langsamkeit
Piper Verlag München 1983,
346 Seiten**



„Die Entdeckung der Langsamkeit“ – ein Roman, der sich der Biographie des englischen Seefahrers und Nordpolforschers John Franklin (1786–1847) bedient, handelt vom Sehen, von der Wahrnehmung der Bewegung und ihrer Geschwindigkeit.

Nadolny hat die Biographie John Franklins so umgeschrieben, daß der Roman zu einer Betrachtung der Zeit wird. Die Langsamkeit wird dabei zur Kunst, dem Leben Rhythmus und Sinn zu geben.

Schon von Kindheit an will John Franklin zur See fahren. Dafür ist er allerdings denkbar ungeeignet: Langsam im Sprechen und Denken, langsam in seinen Reaktionen, mißt er die Zeit nach eigenen Maßstäben. Zunächst erkennt nur sein Lehrer Dr. Orme, daß Johns außergewöhnliche Behinderung Vorteile hat: Was er einmal begriffen hat, das behält er, Details begreift er besser.

John geht zur Marine und erlebt die Schlachten von Kopenhagen, Trafalgar und New Orleans. Hier sind Nadolny teilweise fesselnde Szenen wie in Zeitlupe gelungen. Sie gehören wohl zu den eindrucksvollsten Seiten des ganzen Romans. Da gewinnt Johns scheinbar bloß individueller Defekt eine allgemeine Bedeutung: „Für den Krieg“, erkennt er, „waren alle zu langsam.“

Die Schlachtszenen gipfeln in einer Halluzination, die der verwundete John im Fieber träumt: Das Gespräch zwi-

schen einem Lahmen und einem Blinden, die nach der letzten sinnlosen Schlacht allein im Leichenhaufen übriggeblieben sind: „Die Schlacht, sagte man, sei überflüssig gewesen. Leider sei die Nachricht vom längst abgeschlossenen Frieden verspätet eingetroffen. Aber was hieß verspätet? Man hatte nicht lange genug auf sie gewartet! Das bedeutete es.“

Auf drei abenteuerlichen Expeditionen in die Arktis entwickelt er sein System der langsamen, sanften Entscheidungen. Das „Franklinsche System“ ist ein Prinzip, das Schiffe, Menschenleben und eben auch den Frieden retten kann. Es ist der langsame und bedächtige Umgang mit sich selber und den Dingen. John erringt seine Siege, weil er nichts überstürzt. Die Begegnung mit den kanadischen Indianern lehrt ihm, „daß Frieden überall dort entstand, wo man nicht schnell, sondern langsam aufeinander zuzug.“

Langsamkeit, eine „Behinderung“, erweist sich in diesem Buch letztlich als Respekt vor dem Individuum und seinen ganz persönlichen Eigenschaften. Nadolny läßt seinen (Anti-)Helden nicht mit dem Strom der Zeit gehen. Niemals läßt sich Franklin von der Bewegung draußen mitreißen, weder von Sturmböen noch von der aufgewühlten See. Er behauptet seine eigene Identität und seinen inneren Rhythmus. ■

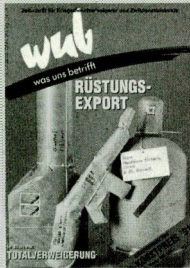
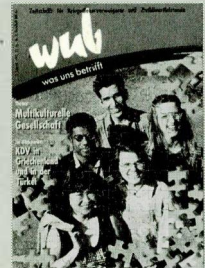
ZDL Thomas Siekmann, Enger

Dran-bleiben! Mitreden!

wub



abonnieren



Bitte beachten: Evangelische ZDL erhalten wub, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugesichert. Die Abo-Kosten werden von der Evang. Kirche übernommen. Alle anderen InteressentInnen bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.



Ein Jahr wub für DM 12.-

Bitte ausschneiden und senden an:
Büro Pfarrer Helmut Schlüter · Vertrieb „was uns betrifft“ · Postfach 26 02 30 · 50515 Köln

Hiermit bestelle ich wub ab Nr. _____ bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet DM 12.- (4 Hefte einschl. Versand). Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Heftes schriftlich kündige.

(Name, Vorname) _____

(Straße, Hausnummer) _____

(PLZ, Ort) _____

(Datum, 1. Unterschrift) _____

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim wub-Vertrieb (Adresse s. oben) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

(Datum, 2. Unterschrift) _____

KDV – international

EKD-Synode zur KDV

Für ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen in allen europäischen Staaten hat sich die Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) am 11. November 1994 in Halle ausgesprochen. Die Synode unterstützt die Forderung des Europäischen Parlaments, ein Recht auf KDV und Zivildienst in der europäischen Menschenrechtskonvention zu verankern. Außerdem sprach sich die Synode für eine „grenzüberschreitende Öffnung des Zivildienstes“ aus. Wörtlich heißt es in dem Beschluß: „Nicht nur auf innerstaatlicher, sondern auch auf europäischer Ebene gilt die Aussage der EKD-Demokratiedenschrift (1985): 'Das Eintreten für die Freiheit des Gewissens gehört unverzichtbar zum Erbe des Protestantismus.'“

Bleiberecht für KDVer

Gegen die Abschiebung von Militärdienstpflichtigen in das ehemalige Jugoslawien sprach sich die Synode der EKD in einem Beschluß bei o. g. Tagung aus. Im Wortlaut heißt es: „Die Synode stellt mit Nachdruck fest, daß Menschen, die sich dem Militärdienst in dem verbrecherischen Krieg im ehemaligen Jugoslawien entzogen haben, auf keinen Fall dorthin abgeschoben werden dürfen. (...) Darüber hinaus ermutigt die Synode die Gliedkirchen, gegebenenfalls bei den jeweiligen Landesregierungen entsprechenden Abschiebungsplänen entgegenzutreten.“

Kampagnen

Deserteure

Deserteure aus dem ehemaligen Jugoslawien sollen Aufnahme, Schutz und Unterstützung in den Staaten und Städten Europas finden – diese Forderung hatten bis Ende letzten Jahres knapp 200 000 BürgerInnen aus 16 Staaten unterzeichnet. Das Europäische Bürgerforum hatte die sog. „Deserteurskampagne“ 1993 lanciert, am

9. Nov. 1994 wurden die Unterschriften dem Präsidium des Europäischen Parlaments in Straßburg übergeben.

Das Europäische Bürgerforum, ein Netzwerk von BürgerInnen aus Ost- und Westeuropa, forderte außerdem in einem „Appell an die Gemeinden und Städte Europas“ die Wiedereinführung des Gastrechts der Städte, damit diese in eigener Regie Verfolgten Schutz gewähren können. In einigen europäischen Städten, z. B. im italienischen Parma, wird diese Form der Asylgewährung mit Erfolg praktiziert. Eine Dokumentation der Kampagne mit dem Titel „Ohne Soldaten kein Krieg“ ist gegen eine Gebühr zu beziehen bei:

Europäisches Bürgerforum,
St. Johannis-Vorstadt 13,
CH 4004 Basel.

Termine

Kirchentag

Unter dem Motto „Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist“ wird vom 14.-18. Juni 1995 in Hamburg der 26. Deutsche Evangelische Kirchentag stattfinden. Mehr als 500 Gruppen haben sich bereits für kommunikative Veranstaltungen angemeldet und auf dem berühmten „Markt der Möglichkeiten“ werden 719 Initiativen vertreten sein.

Auch wub wird sich – gemeinsam mit der evang. Zivil-

Die Unterschriften zur Deserteurskampagne, 200 000 in 16 Kisten, bei der Übergabe in Straßburg.
Foto: wub / W. Schulz



dienstseelsorge – am „Markt“ beteiligen und wie an den Kirchentagen zuvor eine Auswahl der wub-Kunstpreis-Einsendungen der Öffentlichkeit präsentieren. Zivis können für die gesamte Dauer des Kirchentages Sonderurlaub beantragen (s. Leitfaden E5), desgleichen Beamte, Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes, kirchliche Mitarbeiter und Soldaten. Schülerinnen und Schülern kann in allen Bundesländern Befreiung vom Unterricht gewährt werden. Die Teilnahmegebühren für Zivis werden etwa 70,- Mark betragen, inkl. Quartier und Netzkarte. DauerteilnehmerInnen müssen sich vorher schriftlich anmelden, der Anmeldeprospekt kann bei untenstehender Adresse angefordert werden. Anmeldeschluß ist der 15. März 1995. Deutscher Evangelischer Kirchentag Geschäftsstelle Postfach 900 265 21042 Hamburg Tel.: 0 40 / 7 90 05 0 Fax: 0 40 / 7 92 59 66



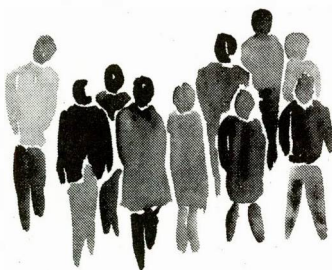
Zum Bestellen

Mehr Toleranz

Die Jugendlichen Europas zu motivieren gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz ist das Ziel einer europaweiten Kampagne, die in Deutschland den Titel trägt „alle anders – alle gleich“. Die Kampagne geht zurück auf einen von den Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Europarates beschlossenen Aktionsplan. Kostenlos verschickt die deutsche Geschäftsstelle der Kampagne Infomaterial und Aktionsvorschläge.

Anschrift: DNK,
Haager Weg 44,
53127 Bonn

alle anders
alle gleich



Neuaufgabe

Schnell vergriffen war die erste Auflage der Broschüre „Kriegsdienstverweigerung“, die die Deutsche Jugendpresse im März 1992 herausbrachte. Inzwischen liegt die bearbeitete zweite Auflage vor und weil wieder nur 1 500 Stück gedruckt werden, lautet unsere Empfehlung: Schnell (!) zugreifen.

Die Broschüre bietet auf 80 Seiten Wichtiges und Informatives zu den Themen Wehrpflicht, KDV, Bundeswehr, Zivildienst. Das Besondere: Auch Bereiche, die sonst nicht so im Mittelpunkt der Diskussion stehen, werden angesprochen. „Frauen und Militär“, z. B. „Totalverweigerung“, „Alternativen zur Wehrpflicht“, „Desertion im 2. Weltkrieg“ ...

Bezug: Deutsche Jugendpresse e. V., Perlebergerstr. 31, 10559 Berlin



Zeichnung: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt/Gerhart Meister

Zahlen

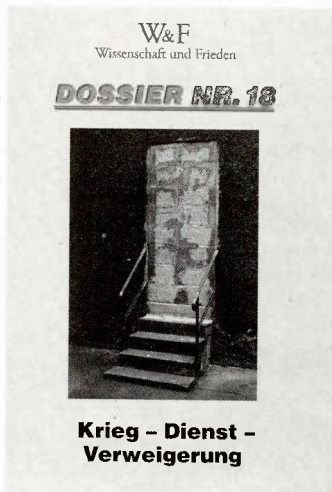
Dossier

So rätselhaft das Titelfoto ist, das die Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“ ihrem 20seitigen Dossier zum Thema KDV gab (eine zugemauerte Tür in einer Hauswand?!), so aufschlußreich sind die inhaltlichen Seiten des Dossiers: Von den Anfängen des Grundrechts auf KDV in Deutschland bis hin zur Überlegung „Was kommt nach der Wehrpflicht?“ reicht das Spektrum. Ein Schwerpunkt der Beiträge liegt auf den Fragen nach dem Rang des KDV-Rechts im nationalen und internationalen Rechtsbewußtsein und nach dem Stellenwert von KDV, Zivildienst und Wehrpflicht für unsere Gesellschaft. Besonders interessant für die künftige Diskussion: Welche Alternativen zur gegenwärtigen

Wehrstruktur sind denkbar? Stirbt der Zivildienst, überlebt der freiwillige Friedensdienst? Zu bestellen ist das Dossier mit dem Titel „Krieg – Dienst – Verweigerung“ bei: Wissenschaft und Frieden e. V. Reuterstr. 44 53113 Bonn

Kriegsbilanz

Weltweit 41 Kriege im vergangenen Jahr hat die Hamburger „Arbeitsgemeinschaft Kriegursachenforschung“ aufgelistet. Vorsichtig geschätzt hätten diese Kriege seit ihrem Beginn 6,5 Mio. Todesopfer gefordert, 18 Mio. Flüchtlinge und 24 Mio. Vertriebene. Das US-amerikanische „Worldwatch Institute“ hat errechnet, daß die Nationen der Welt im letzten Jahr 1,2 Billionen Mark für Rüstungszwecke ausgegeben haben, aber nur 26 Milliarden Mark für Abrüstung, Einsätze von Friedenstruppen, Rückführung von Flüchtlingen, Konfliktschlichtung und Friedensdienste. Während die Vereinten Nationen 1994 etwa 100 Millionen Mark zur Entschärfung von Landminen bereitgestellt hätten, seien im gleichen Zeitraum zwei Millionen neue Minen gelegt worden. Allein die deutsche Regierung habe im letzten Jahr 300 Mio. Mark für Entwicklung und Ankauf von Landminen veranschlagt.



Krieg – Dienst – Verweigerung



Unser Renner:

Der praktische Sammler für alles, was Recht ist: Vom „Beschwerderecht“ bis zur „Verschwiegenheitspflicht“, von der „Arbeitslosenhilfe“ bis zum „Sonderurlaub“ ...

- einsortiert in einen praktischen Hefter
 - plus Inhaltsverzeichnis
 - plus treffende Karikaturen unseres Zeichners „Matz“
 - plus viel Platz für das bequeme Einordnen zukünftiger Ausgaben
 - plus Verpackung
 - plus Porto für ganze DM 5,-
- Zu bestellen nur gegen: Voreinsendung von DM 5,- in Briefmarken.

Unser Special:

wub-Kunstpreis-Diaserie. Kunst von Zivis, das Beste der wub-Kunstpreis-Wettbewerb auf Dia. 21 Dias in der



Journalbox, inklusive Versand für DM 65,-.

Unser Kunststück:

wub-ART-Diaserie.



24 Kunstwerke aus unserer Rubrik „wub-ART“ auf Dias, Begleitheft mit Besprechungen und

Tips für den Einsatz. Ein vielfach verwendbares Arbeitsmittel für Unterricht, Jugend- und Gemeindegarbeit ... komplett in der Journalbox, inklusive Versand für DM 90,-. (Lieferbar ab März 1995)

Bestellungen an: wub-Redaktion Rosenbergstraße 45 70176 Stuttgart

RÜSTZEITEN / WERKWOCHEN

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste aus der jeweiligen Region. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfaden E5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu DM 38,- erstattet.

BADEN

- 20.03. – 24.03.95 Neckarzimmern: „Beziehungskisten – Leben zwischen Bindung und Freiheit“
20.03. – 24.03.95 Neckarzimmern: „Geld regiert die Welt“
15.05. – 19.05.95 Von Offenburg über die Vogesen nach Freiburg: Spurensicherung im Umgang mit Rassismus – eine Radfahrt.
Anmeldeformulare: Beauftragte für KDV und ZDL, Postf. 2269, 76010 Karlsruhe, Tel. 07 21/93 49-3 33

BAYERN

- 03.04. – 07.04.95 Schwarzach: „Miteinander leben – meditieren – tanzen“
24.04. – 28.04.95 Königsdorf: „Grenzen entdecken – Grenzen überschreiten: Meditation, Selbsterfahrung, Körperarbeit und Naturerleben“
15.05. – 19.05.95 Erfurt: „Training in Zivilcourage“
Anmeldeformulare: Beauftragter für KDV und ZDL, Gudrunstr. 33, 90459 Nürnberg, Tel. 09 11/43 04-2 38

BRAUNSCHWEIG

- 02.04. – 12.04.95 Stutthof / Polen: Gedenkstättenfahrt nach Stutthof, Danzig, Warschau. Kostenbeteiligung: DM 350,-
Anmeldeformulare: Beratungsstelle für KDV und ZDL, Am Fallersleber Tore 9, 38100 Braunschweig, Tel. 05 31/4 25 39

HANNOVER

- 24.04. – 28.04.95 Obernkirchen: „Meditation als Lebenshilfe?“
06.05. – 17.05.95 Stutthof/Polen: „Suche nach Wegen der Versöhnung und Verständigung“
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle für KDV und ZDL, Postf. 265, 30002 Hannover, Tel. 05 11/12 41-4 68

HESSEN UND NASSAU

- 27.03. – 31.03.95 Höchst/Odw.: „Spiel und Aggression“
15.05. – 19.05.95 Wetzlar: Polen – der ferne Nachbar Vorbereitung der polnisch-deutschen Begegnung (Kostenbeteiligung DM 478,-)
23.06. – 07.07.95 Gdansk: „Ökologie ohne Grenzen“. Polnisch-deutsche Begegnung Teil 1
Anmeldeformulare: Pfarrer Hans-Jürgen Rojahn, Riedstr. 2, 64295 Darmstadt, Tel. 061 51/36 70 02

KIRCHENPROVINZ SACHSEN

- 04.04. – 07.04.95 Niederndodeleben: „Niederlage oder Befreiung – Das Ende des 3. Reiches“
06.06. – 09.06.95 Goslar/Harz: „Draufhaun – oder gewaltfrei standhalten?“
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle KDV, Draesekeplatz 1, 39106 Magdeburg, Tel. 03 91/5 61 66 98

NORDELBIEN

- 13.03. – 17.03.95 Koppelsberg: „Blickpunkt Mensch“ – Menschenbilder der Gegenwart
27.03. – 31.03.95 Koppelsberg: „Wir sind wieder wer!“ und „Deutsche Verantwortung in der Welt“ – „Konservative Revolution“ und „Nationalgefühl“
03.04. – 07.04.95 Koppelsberg: „Gegen Gewalt hilft nur GEGENGewalt ... GewaltVERZICHT wäre glatter Selbstmord!“ – NEIN!
24.04. – 28.04.95 Lichtensee: „HIV-infiziert“ – Ein Urteil für's Abseits, denn Sterben und Tod sind tabu.
15.05. – 19.05.95 Koppelsberg: „Zivi(l)courage – Das Gewissen in Szene gesetzt.“ Eine Theaterwerkstatt.
29.05. – 02.06.95 Lichtensee: „Zivi 95“ – Hinweise zur Gen-Technik.
Anmeldeformulare: Kirchlicher Dienst für KDV und ZDL, Hirschgraben 25, 22089 Hamburg, Tel. 040/25 88 81

PFALZ

- 24.04. – 28.04.95 Bad Dürkheim: Die Pfalz unter dem Hakenkreuz – Spurensuche in der Region
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle Friedensdienst, Ludwigstr. 28, 67346 Speyer, Tel. 0 62 32/7 82 38

RHEINLAND

- 24.04. – 28.04.95 Klein-Schwarzlosen: Eine Woche im Pfarrhaus in der ehemaligen DDR
29.05. – 02.06.95 Solingen oder Bonn: Rückblick auf den Zivildienst
13.06. – 17.06.95 Hamburg: Kirchentag
Anmeldeformulare: Zivildienstseelsorge der Ev. Kirche, Postfach 260230, 50515 Köln, Tel. 02 21/24 46 96

SACHSEN

- 24.04. – 28.04.95 Rosenthal: Von Mensch zu Mensch – wie verstehen wir uns besser? Kommunikationsverhalten – besonders für Zivis in der Altenarbeit.
15.05. – 19.05.95 Rosenthal: Arbeitslosigkeit – Herausforderung zwischen Chance und Katastrophe
Anmeldeformulare: Pfarrer Christoph Wohlgemuth, Wolfsgrunder Weg 2, 09619 Voigtsdorf, Tel. 03 51/47 39 00

WESTFALEN

- 03.04. – 07.04.95 Nordwalde: Sanfter Tourismus – mehr als nur ein neuer Trend beim Reisen?
24.04. – 28.04.95 Nordwalde: Was hat mir der Zivildienst gebracht?
20.05. – 30.05.95 Grenzlanderfahrungen – Radtour entlang der deutsch-polnischen Grenze. Verbindliche Teilnahme: 05.-07. Mai 95 (Vorbereitung) 17.-18. Juni 95 (Nachbereitung)
19.06. – 23.06.95 Nordwalde: „Kreativ-Sein“
Anmeldeformulare: Amt für KDV und ZDL, Postfach 10 10 51, 44010 Dortmund, Tel. 02 31/54 09-20

WÜRTTEMBERG

- 13.03. – 17.03.95 Freudental: „Zwischen allen Stühlen“, Vertrauensmänner und Zivisprecher
27.03. – 31.03.95 Gschwend: Training in gewaltfreier Konfliktaustragung
08.05. – 12.05.95 Tieringen: „Prima Klima – oder zunehmend wärmer?“
06.06. – 10.06.95 Kajakfahrt: Leben in der Natur – Natur erleben.
Anmeldeformulare: Amt für KDV und ZDL, Rosenbergstraße 45, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/6 36 81 49

Weitere Rüstzeiten sind zu erfragen bei:

Anhalt
Herr Pfarrer Dietrich Bungeroth
Ziebigker Straße 29
06846 Dessau
03 40/21 48 95

Berlin-Brandenburg
Amt für Jugendarbeit/Stadtjugendpfarramt Berlin
Goethestr. 30, 10625 Berlin
030/3 19 12 72

Bremen
Pastor Ingert Lindemann
Hollerallee 75
28209 Bremen
04 21/3 46 15 50

Kurhessen-Waldeck
Arbeitsstelle KDV und ZDL
Lessingstraße 13
34119 Kassel
05 61/10 78 82

Mecklenburg
Beauftragte für KDV und ZDL
Münzstr. 8
19055 Schwerin
03 85/86 41 65

Oldenburg
Rolf Karkmann
Hohe Straße 2
27798 Hude
044 08/5 39

Pommern
Jürgen Knospe
Große Kirchenstr. 13
17309 Pasewalk
03 973/21 34 15

Thüringen
Diakon Detlef Harland
Hauptstraße 32
99338 Angelroda
03 62 07/5 59 19

„Wenn nur die Nationen einen gesunden Eselsverstand hätten!“ So steht es sinngemäß unter der abgebildeten Grafik, die erstmals 1937 von der amerikanischen Antikriegsbewegung „No Foreign War Crusade“ veröffentlicht wurde. Die Bildfolge illustriert die Wandlung zweier „Streit-esel“ zur friedlichen Interessengemeinschaft; sie lädt ihre menschlichen BetrachterInnen dazu ein, über andere als gewaltsame, destruktive Formen der Streitbeilegung nachzudenken. Und da lassen sich in der Tat einige aufschlußreiche Beobachtungen machen: Erst als es weh tut, wird den Eseln bewußt, wie sehr sie in ihrem Fortkommen wechselseitig voneinander abhängen. Sie begreifen, daß sie ihre lebenswichtigen Interessen dauerhaft nur *mit* dem Konfliktpartner und nicht *gegen* ihn sichern können. Erst

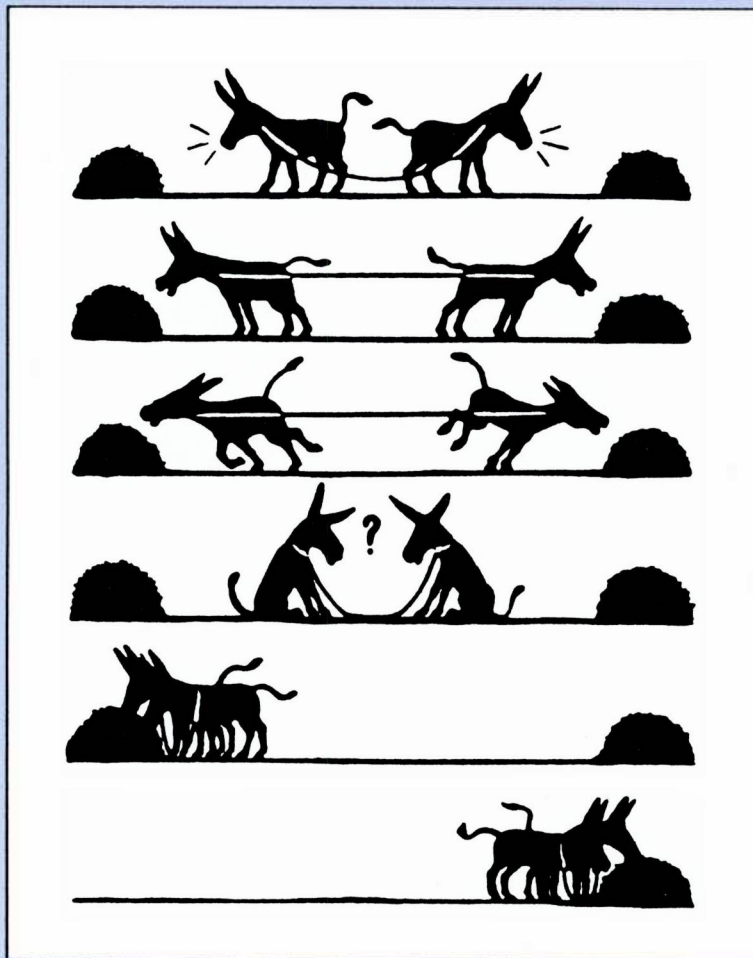
diese Einsicht macht es möglich, daß beide Seiten ihr Gesicht wahren und mit Gewinn aus dem Konflikt hervorgehen.

Interessant ist, daß der unbekannte Zeichner ein solches Ausmaß an gewaltmindernder Lernfähigkeit ausgerechnet zwei Eseln zuschreibt. Er entspricht darin ganz einer biblischen Tradition, wo der Esel – im Gegensatz zu unserem umgangssprachlichen Klischee vom „dummen“ Vierbeiner – geradezu als ein Inbegriff von Bescheidenheit und Friedfertigkeit erscheint. So heißt es beim Propheten Sacharja, als Gott dem Volk Israel sein Friedensreich ankündigt: „Siehe, dein König kommt zu dir, ein Gerechter und ein Helfer, arm und reitet auf einem Esel, auf einem Füllen der Eselin. Denn ich will die (Kampf-)Wagen wegtun aus Ephraim und die (Schlacht-)Rosse aus Jerusalem, und der Kriegsbogen soll zerbrochen werden. Denn er wird

Frieden gebieten den Völkern ...“ (Sach 9, 9f.) Während der Esel als Geistesverwandter der Friedenstaube und Symboltier der Gewaltfreiheit den Weg in Gottes Zukunft begleitet, versinnbildlicht das Schlachtroß die kriegerischen Strukturen, die es zu überwinden gilt. Der Hoffnung Sacharjas gemäß, wird im Neuen Testament programmatisch Jesu Einzug in Jerusalem beschrieben: Ohne Zeichen kriegerischer Machtentfaltung, ohne militärische Begleiteskorte kommt der Friedenskönig auf einem Eselsfohlen den Menschen nahe. Wo immer wir versucht sind, unsere soziale oder nationale Zugehörigkeit absolut zu setzen, kann uns der Blick auf Jesus als „Eselsbrücke“ ins Gedächtnis rufen: Gott ist ein Freund des Lebens – über die wechselnden Grenzen von Konfliktparteien hinweg.

Eselsbrücken

Von Friedhelm Schneider



wub
was uns betrifft
ART

**John Heartfield,
„Niemals wieder!“, 1960.**

Sie ist immer noch aufrüttelnd und geht einem nahe, die Plakatkunst von John Heartfield.

„Niemals wieder!“, dieses 1960 entstandene Plakat erschien zum ersten Mal als Fotomontage in der Arbeiter-Illustrierte/Zeitung vom 27.11.1932. „Niemals wieder!“, es klingt wie eine ohnmächtige Botschaft angesichts der nie endenden Kette von Kriegen bis hin zu Bosnien, Ruanda, Tschetschenien. Und trotz alledem ist dieser Ausruf bleibende Mahnung: Sich nicht abfinden mit Krieg, Gewalt, Militarismus! Heartfields Fotomontage ist auf das Notwendigste reduziert und gewinnt gerade dadurch größte Ausdruckskraft. Die Taube mit dem Ölweig im Schnabel ist ein traditionelles, ikonographisches Motiv für Frieden. Seit 1. Mose 8, 10–12 ist die Taube ein Friedensmotiv gegen die neue Sintflut des Krieges. Heartfields Plakat lebt vom Kontrast: der kalte, messerscharfe Stahl und die weiche, warme Kreatur. Das scharfe Bajonett ist tödlich aufgerichtet, die Taube leblos zusammengesunken: Der Friede ist das Opfer der mörderischen Waffen geworden. Die weichen, schwebenden Flaumfedern zeigen: Gerade eben hat das Schwert den lebendigen Körper durchbohrt. Es sind die Kontraste, Taube und Schwert, weicher Flaum und tödliche Schärfe, Friedenszweig und Mordinstrument, die der Montage die aufrüttelnde, emotional berührende Ausdruckskraft geben. Heartfield übernahm das Motiv von einer Schweizer Briefmarke, die zur Abrüstungskonferenz 1932 in Genf herausgegeben wurde und die in der russischen Presse zur aufgespießten Taube verwandelt wurde.

Der 1891 in Berlin geborene John Heartfield hieß ursprünglich Helmut Herzfeld. Aus Protest gegen den Krieg und als Antwort auf den deutschen Haßgesang „Gott strafe England“, übersetzte er seinen Namen ins Englische und nannte sich John Heartfield. Schon im 1. Weltkrieg begann er, mit seinen Fotomontagen ge-



gen Lüge und Propaganda des Krieges anzukämpfen. Er war, wie ihn ein Künstlerkollege nannte, ein fanatischer Moralist und ein Don Quichotte der Fotokunst: Der Maler malt seine Bilder mit Farben und ich mit Fotografien, sagte er selbst. „Wir teilten seinen Haß gegen den Krieg und gegen alle, die ihn verschuldeten, entschuldigten oder verherrlichten. Er war maßlos im Haß und in der Liebe“, sagte sein Bruder Wieland Herzfeld. Heartfield war ein Freund und engagierter Förderer von Georg Groß, der sich ebenfalls umbenannte in George Grosz. In der Weimarer Republik wurde er wegen seiner politischen Kunst bespitzelt. Vor der Verhaftung durch die Nazis rettete er sich mit einem Sprung aus dem Fenster, floh nach Prag, Straßburg, Paris und London. Er starb 1968 in Ostberlin. Harald Wagner